

tragstellende Fraktion der CDU direkte Abstimmung beantragt. Also stimmen wir direkt ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Fraktion Die Linke, die SPD und die Grünen. Gibt es Enthaltungen im Hohen Haus? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir ab über den **Antrag** der FDP **Drucksache 15/2857**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung** des Antrags an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** und die abschließende Beratung und Abstimmung im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag einstimmig so überwiesen.

Damit sind wir am Ende der Beratung über den Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zu:

3 Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2859

erste Lesung

In Verbindung mit:

Echte Entschuldung der Kommunen statt Kapittparen!

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2848

Und:

Keine IWF-Politik gegenüber den Kommunen – Landeshilfen 2011 auszahlen ohne Zwangsmaßnahmen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2849

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst das Wort an den Landesminister für Inneres, Herrn Jäger.

(Zuruf: Und Kommunales!)

– Und Kommunales. Vielen Dank für den Hinweis, Frau Kollegin. – Herr Kommunal- und Innenminister, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank, Herr Präsident, für die knappe, aber präzise und zutreffende Einleitung zu diesem Tagesordnungspunkt. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat auf die dramatische Finanzlage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen unmittelbar nach dem Regierungswechsel reagiert. Insgesamt wurde den 396 Kommunen im Vergleich zur Vorgängerregierung unter der Überschrift „Aktionsplan Kommunalfinanzen“ rund 1 Milliarde € zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Die Stichworte, die zu dieser 1 Milliarde € passen, lauten: Abschaffung der Befrachtung des Gemeindefinanzierungsgesetzes und Beteiligung der Kommunen bzw. Wiederbeteiligung der Kommunen an der Grunderwerbsteuer.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Die Sie bald wieder zurückführen wollen!)

Das war der erste Schritt.

Im zweiten Schritt haben wir ordnungspolitisch den Handlungsrahmen für die Haushaltssanierung in den Kommunen verändert und verbessert. Mit der Änderung des § 76 Abs. 2 der Gemeindeordnung ist es nun möglich, innerhalb von zehn statt von vier Jahren den Haushaltsausgleich für Kommunen darzustellen. Wir sind davon überzeugt, dass dieser erweiterte zeitliche Rahmen in den Kommunen mehr Flexibilität, mehr intelligente Lösungen und mehr Motivation bei der Haushaltskonsolidierung, die schwierig genug ist, zulässt.

Neben Geld und Ordnungspolitik, meine Damen und Herren, legen wir Ihnen jetzt den dritten Schritt zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen vor. Wir wollen gezielt den Kommunen helfen, die in einer besonders schwierigen Haushaltssituation sind. Wir wollen sie mit 350 Millionen € aus dem Landeshaushalt kontinuierlich über zehn Jahre bis zum Jahr 2020 unterstützen.

Wie soll es geschehen? – Dies geschieht unter folgender Prämisse: Diese 350 Millionen € jährlich durch das Land sind ein enormer Kraftakt, das das Land zu leisten hat. Aber genau diesen Kraftakt, Herr Palmen, müssen auch die finanzstarken Kommunen erbringen. Auch sie sollen zum Erfolg dieses Stärkungspaktes beitragen.

Ab dem Jahr 2012 kommen zu den 350 Millionen € des Landes die Maßnahmen hinzu, die durch die Kommunen refinanziert werden sollen. Dabei ist uns eines als Botschaft wichtig: Die Aufbringung dieses kommunalen Anteils führt nicht dazu, dass sich die Situation der Kommunen zum Status quo, also zum heutigen Status, verschlechtert.

Wir werden dies finanzieren ab 2012 durch 65 Millionen € jährlich, die zur Verfügung gestellt werden sollen durch einen verbesserten Verteilungsschlüssel bei den sogenannten SoBEZ-Mitteln. Hier hat

das Land Nordrhein-Westfalen im Bund erfolgreich für seine Kommunen verhandelt. Zusätzlich gibt es 50 Millionen € ab dem Jahr 2013 im Zusammenhang mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer und 195 Millionen € ab 2014, die als Solidaritätsumlage zwischen den Kommunen von den sogenannten abundanten Kommunen aufgebracht werden sollen. Das, meine Damen und Herren, ist ein Solidarakt der finanzstarken Kommunen, die zugleich durch den Bund im Rahmen der Entlastung der Grundsteuer ebenfalls ab 2014 in gleicher Höhe entlastet werden.

Zusammengenommen beläuft sich dieser Stärkungspakt ab dem Jahr 2014 auf insgesamt 660 Millionen € für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Bis zum Jahr 2020 kumulieren sich diese Mittel auf insgesamt 5,85 Milliarden €.

Viele Zahlen, meine Damen und Herren. Ich glaube, dass wir uns aber politisch der Situation unserer Kommunen widmen müssen. Die Problemlösung ist für alle schmerzhaft: für das Land, das einen enormen Beitrag zur Konsolidierung der Kommunen aufbringen muss, für die kommunale Solidargemeinschaft, die erhebliche Mittel aufbringt. Diese Kraftakte, diese Unterstützungsleistungen sind allerdings auch nur dann gerechtfertigt, wenn die Kommunen, die am Stärkungspakt teilnehmen und von ihm profitieren, selbst noch einmal erhebliche Eigenanstrengungen zur Haushaltskonsolidierung aufbringen.

Deshalb, meine Damen und Herren von den Linken, ist die Forderung nach einem Verzicht auf eigene Konsolidierungsbeiträge gegenüber den anderen völlig unsolidarisch und abwegig.

Ich komme nun zu den Kommunen, die an der Konsolidierungshilfe teilnehmen sollen und wollen. In der ersten Stufe des Stärkungspaktes sollen hieran die Kommunen in Nordrhein-Westfalen teilnehmen, die zum 31.12.2010 als überschuldet galten oder denen Überschuldung in der mittelfristigen Finanzplanung droht. Ihnen sollen diese 350 Millionen € Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Sie sollen damit ihre eigene Haushaltssituation in den Griff bekommen, auch der Banken willen, aber vor allem aus Gründen der Generationengerechtigkeit. Das, was sich hier an Schuldenbergen als Hypothek für künftige Generationen aufgetürmt hat, ist schlichtweg von ihnen nicht mehr zu schultern.

Liest man dagegen Ihren Antrag, meine Damen und Herren von den Linken,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Guter Antrag!)

bekommt man den Eindruck, dass bei Ihnen Geld tatsächlich überhaupt keine Rolle mehr spielt. Zum einen sollen die Mittel im Gemeindefinanzierungsgesetz um mindestens 1 Milliarde € aufgestockt werden, zum anderen wird gefordert,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist falsch!)

das Land müsse zwei Drittel der kommunalen Liquiditätskredite übernehmen. Meine Damen und Herren, der Stand der Liquiditätskredite der Kommunen – für Sie als Information – zum 30. Juni 2011 betrug 21,2 Milliarden €. Das Land soll also mal eben 14 Milliarden € Schulden übernehmen, natürlich ohne Bedingungen, natürlich ohne jede Auflage;

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Für die Bad Bank der WestLB haben Sie das auch gemacht, Herr Jäger!)

das versteht sich von selbst. Meine Damen und Herren, Sie verkennen in der Tat die dramatische Situation in der Finanzlage der Kommunen. Ihre Vorschläge, meine Damen und Herren, sind keine richtungsweisenden Anregungen dazu, wie man dieses Problem tatsächlich lösen kann.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Warten Sie mal ab, wie Ihr Gesetz nach den Beratungen aussieht!)

Das ist vom Land Nordrhein-Westfalen, so wie Sie glauben machen, es tun zu wollen, nicht zu stemmen.

Es gibt übrigens deutliche Hinweise für die Tatsache, dass überschuldete Gemeinden in Nordrhein-Westfalen es immer schwerer haben, Kredite von Banken zu erhalten. Diese Abwärtsbewegung der Gemeinden kann nur gestoppt werden – das ist wichtig – durch einen dauerhaften Haushaltsausgleich. Er muss gelingen; das ist die Ursache. Hierbei müssen wir den Kommunen helfen, denn bräche auch nur bei einer einzigen Kommune die Liquiditätsversorgung weg, wären nicht nur die Menschen vor Ort in der jeweiligen Stadt die Leidtragenden, sondern alle anderen 395 Kommunen in Nordrhein-Westfalen genauso.

Deshalb ist die Überschuldung der richtige Anknüpfungspunkt für die Auswahl derer,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist die falsche Rechnung!)

die Hilfe vom Land bekommen sollen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

In der zweiten Stufe können freiwillig die Kommunen an dem Konsolidierungspakt teilnehmen, denen Überschuldung bis zum Jahre 2016 droht. Ihnen werden dann aus den Komplementärmitteln der Gemeinden noch einmal 310 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Alle teilnehmenden Kommunen müssen den Haushaltsausgleich erreichen, die Gemeinden der ersten Stufe bis zum Jahre 2016, die Gemeinden der zweiten Stufe bis zum Jahre 2017. Der Haushaltsausgleich ohne Konsolidierungshilfe muss bei allen Gemeinden in zehn Jahren, also zum Jahre 2021, geleistet sein.

Mit welchen Maßnahmen das in jährlichen Haushaltsausgleichen erfolgen soll, muss ganz individuell durch die jeweilige Gemeinde im Rahmen eines Haushaltssanierungsplanes dargestellt werden, der der Bezirksregierung zur Genehmigung vorzulegen ist.

Mir ist wichtig: Bei diesem Prozess müssen wir beratend jemanden zur Seite stellen. Das soll die Gemeindeprüfungsanstalt sein, weil es zum Beispiel in meiner Heimatstadt Duisburg kein Ratsmitglied mehr gibt, das sich daran erinnern kann, einmal einen ausgeglichenen Haushalt beschlossen zu haben. Auf der anderen Seite haben wir Bezirksregierungen und Haushaltsaufsichten, die in der Regel danach handeln, was rechtlich zulässig ist, nicht danach, was ökonomisch in einem Prozess zur Konsolidierung führt.

Wir brauchen diese Beratung sowohl der Bezirksregierung als auch der sich selbst konsolidierenden Kommunen dringend. Dieses Angebot wird das Land zusätzlich leisten.

Ich weiß, dass es Kommunen gibt, die jetzt schon beklagen, dass sie die erforderlichen Konsolidierungsschritte nicht durchführen könnten. Lassen Sie mich hierzu sagen: Die Stärkungspakt-Kommunen bekommen zehn Jahre lang bis zum vollständigen Ausgleich Konsolidierungsmittel. Das ist derselbe Zeitraum, den andere Kommunen, die nicht daran teilhaben können, ebenfalls zur Verfügung haben. Das ist ein Stück Gleichbehandlung der Kommunen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite muss ich deutlich sagen: Wir wissen erst Ende Oktober mit der harten Steuerschätzung, wie groß der jeweilige Konsolidierungsbedarf der teilnehmenden Kommunen ist.

Dann muss nach meiner Auffassung gelten – das gilt auf jeden Fall für diese Landesregierung –: Niemand darf bei dieser Konsolidierung überfordert werden. Nirgendwo darf sich eine Stadt kaputtsparen müssen.

(Zuruf von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Aber zugleich muss es eine Bereitschaft geben, auch gegenüber denjenigen, die das Geld geben, tatsächlich einen Haushaltsausgleich herbeizuführen.

Wir wollen als Drittes für die Kommunen, denen in den nächsten Jahren eine Überschuldung droht, mit rückfließenden Mitteln des Stärkungspaktes Stadtfinanzen die Möglichkeit schaffen, in einer dritten Stufe ebenfalls daran teilzuhaben.

Jetzt, meine Damen und Herren, will ich gern auf die Vorschläge, die die CDU-Fraktion gestern der Öffentlichkeit vorgestellt hat, eingehen. Um es vorsichtig zu formulieren: Das, was da vorgestellt worden ist, kann man als mager bezeichnen. Trotzdem: Willkommen im Club! Die CDU-Fraktion hat endlich begriffen, dass fünf Jahre lang Schwarz-Gelb der

Kern des Problems ist. Sie haben in einer Größenordnung von 3 Milliarden € in die Kassen der Kommunen gegriffen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben das Problem permanent geleugnet. Ich darf einmal den ehemaligen Finanzminister zitieren, hier vor dem Landtag am 20.12.2007:

„Das größte Stück aus dem Tollhaus ist allerdings, wenn Sie die Not der Kommunen beklagen. Es gibt die höchste Zuweisung, die je in diesem Land den Kommunen zugutegekommen ist...

Und dann wagen Sie, das Leid der Kommunen zu beklagen!“

Das war Ihre Haltung fünf Jahre lang. Sie sind das Problem der Kommunalfinanzen gewesen. Die Brandstifter, meine Damen und Herren, rufen jetzt nach der Feuerwehr.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Dennoch muss man den positiven Aspekt herausstellen. Sie stellen sich diesem Problem spät, aber Sie stellen sich ihm. Sie stellen sich ihm auf die falsche Art und Weise. Von einem Haushaltsausgleich ist in Ihrem Konzept nämlich an keiner Stelle mehr die Rede.

(Zuruf von der CDU)

Der Versuch, das mit der Gießkanne über das Land zu verteilen, führt nicht dazu, dass es tatsächlich einen strukturellen Ausgleich gibt. Herr Löttgen, nicht nur ich sage das, sondern auch Leute, die von den Kommunalfinanzen mehr verstehen als ich, haben das gelesen und kommen zu demselben Ergebnis.

Übrigens: Herrn Junkernheinrich und Herrn Lenk – zwei Finanzwissenschaftler, die ein Konzept vorgelegt haben, das zum Ziel hat, in allen Kommunen mittels einer Abundanzumlage sofort einen Haushaltsausgleich herbeizuführen – als Kronzeugen für Ihr sehr mageres Konzept, das in eine völlig andere Richtung geht, heranzuziehen, halte ich im Hinblick auf deren wissenschaftliche Reputation zumindest für gewagt, Herr Löttgen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie haben ja gesagt, dass Sie nichts davon verstehen!)

Mein Vorschlag ist: Bringen Sie das, was Sie jetzt öffentlich vorgestellt haben, in die parlamentarischen Beratungswege ein. Wir sind sehr gespannt auf Ihren alternativen Gesetzentwurf und darauf, wie Sie der prekären Lage von 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen begegnen wollen. Schließlich waren Sie letztendlich über fünf Jahre hinweg der Verursacher des Problems.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch Quatsch!)

Trotzdem ergeht auch vonseiten der Landesregierung eine herzliche Einladung an Sie. Wenn es vernünftige Verbesserungsvorschläge zu diesem Gesetzentwurf gibt, lassen Sie uns darüber reden. Lassen Sie uns gemeinsam nach dem besten Weg suchen! Denn eines darf nicht passieren: dass wir nicht in der Lage sind, ein drängendes Problem, nämlich die Kommunalfinanzen und die Folgen für die Lebenssituation von 18 Millionen Menschen vor Ort, gemeinsam zu lösen, weil der eine oder andere glaubt, das Thema parteitaktisch ausnutzen zu können.

(Zurufe von der CDU)

Ohne jemanden anzuschauen sage ich Ihnen: Wir treten gern mit Ihnen in Gespräche ein – die im Übrigen nicht die ersten wären. Einige haben ja schon stattgefunden, bedauerlicherweise nicht mit dem Ergebnis, dass absehbar ist, wie Sie sich dem Problem inhaltlich und strukturell stellen wollen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ist das jetzt ein Gesprächsangebot?)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dieser Gesetzentwurf ist ein guter Aufschlag. Wir müssen im Beratungsverfahren zueinander finden, um das Problem zu lösen. 396 Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte und die Menschen in diesen Kommunen warten auf Lösungen seitens dieses Landtags. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Kollegin Demirel.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Danke schön. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Jäger, Sie haben, wie ich es schon oft betont habe, wieder eine sehr schöne Rede gehalten.

(Minister Ralf Jäger: Danke schön!)

Sie haben sich wieder alles sehr schön zusammengerechnet. Sie sagen, die Landesebene gebe den Kommunen 5,8 Milliarden €. Dabei verkennen Sie aber, dass Sie den Kommunen auch einen Betrag wegnehmen, nämlich die Befrachtung und das Aufkommen aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer.

Sie stellen sich hierhin und sagen, Sie hätten als ersten Schritt die Befrachtung weggenommen und die Kommunen wieder an dem Grunderwerbsteueraufkommen beteiligt. Aber jetzt schlagen Sie genau das vor: Sie wollen wieder befrachten, und Sie wollen die Kommunen nicht an dem erhöhten Grunderwerbsteueraufkommen beteiligen. Das finden wir nicht gerecht.

(Beifall von der LINKEN – Sigrid Beer [GRÜNE]: Stimmt doch gar nicht!)

– Das stimmt sehr wohl. – Herr Minister Jäger, Sie kommen aus Duisburg. Ich habe heute in der „WAZ“ zufällig gelesen, dass die Stadt Duisburg schon eine Streichungsliste vorgestellt hat, in der enthalten ist, was auf sie zukommen würde, wenn Ihr Gesetzentwurf durchkäme. Herr Minister Jäger, wie wollen Sie das in Duisburg begründen?

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

Wenn Sie hier sagen – ich bin nun wirklich nicht die Rechtsanwältin der CDU –, die CDU habe genau diese kommunale Misere in den letzten fünf Jahren verursacht, kann ich Ihnen antworten: Das ist nur ein Teil der Wahrheit. Die Befrachtung wurde nämlich 1998 durch Peer Steinbrück zum ersten Mal hier eingeführt,

(Beifall von der CDU)

und SPD und Grüne haben seit 1998 auf der Bundesebene eine Steuerpolitik betrieben, die die öffentlichen Haushalte wahrhaftig hat ausbluten lassen. Daran leiden die Kommunen bis heute.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Fraktion tritt wirklich vehement dafür ein, dass an die Kommunen Landeshilfen gegeben werden. Wir haben die 350 Millionen €, die bereits in den Haushalt eingestellt worden sind, mitgetragen und sogar eine Erhöhung auf 500 Millionen € beantragt.

(Zurufe von der CDU)

Die 350 Millionen € sind nämlich wahrlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber leider gab es bei den Haushaltsberatungen keine Mehrheit für eine Erhöhung dieser Summe.

Insofern kann ich nur feststellen, dass es heuchlerisch ist, wenn die CDU auf einer Pressekonferenz erklärt, sie wolle jetzt dafür kämpfen, dass die Summe, die den Kommunen zur Verfügung gestellt wird, erhöht wird. Welch eine Heuchelei, meine Herren!

(Beifall von der LINKEN)

Nun stimmt es zwar, dass die Summe von 500 Millionen € nicht so radikal ist wie Ihre 700 Millionen €, aber es wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen, und deshalb hätten Sie dem damals auch zustimmen können.

(Beifall von der LINKEN)

Nun gut, jetzt geht es nicht um die Summe selbst, sondern um ihre Auszahlung. Diese wird keinesfalls an uns scheitern; das sage ich hier ganz klar.

Aber ebenso klar ist für uns, dass wir Kürzungsaufgaben, Sanktionen und eine Zwangsteilnahme nicht mittragen. Das, was Sie von SPD und Grünen unter dem Kürzel „Stärkungspaktgesetz“ jetzt vorgestellt haben, ist ein Sparhammer, wie ihn sich die Troika

gegenüber Griechenland nicht im Traum hätte ausdenken können.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ach du meine Güte!)

Deshalb unterstützt die Linke in Bund, Land und Kommunen Hilfen nur, wenn sie nicht an Bedingungen, Auflagen, Kürzungsprogramme und Sanktionen geknüpft sind.

(Zurufe von den GRÜNEN – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: Immer ruhig bleiben! Ihr könnt 2013 alles besser machen!)

Frau Kraft – sie ist nicht da – hat in den letzten Tagen ein Schreiben von 20 Personalräten und der Gewerkschaft ver.di bekommen. Aus diesem Schreiben möchte ich zitieren:

„Unter dem Strich würde der als Hilfe beschriebene Stärkungspakt die kommunale Selbstverwaltung in NRW bedrohen und in seiner Wirkung alle aufsichtsbehördlichen Maßnahmen der Vergangenheit in den Schatten stellen.“

Ja, Frau Kraft und Herr Minister Jäger, wir sehen das genauso wie die Gewerkschaft ver.di: Ihr Stärkungspakt ist in Wirklichkeit ein Schwächungspakt für die Kommunen.

(Beifall von der LINKEN)

Die 34 zwangsbeglückten Kommunen hätten nach Ihrem Gesetz Maßnahmen wie zum Beispiel eine dramatische Kürzung bei den Personalausgaben inklusive betriebsbedingter Kündigungen, die Schließung aller freiwilligen Einrichtungen – Bibliotheken usw. –, eine drastische Erhöhung der Grundsteuer sowie aller Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger und die Veräußerung von kommunalem Vermögen umzusetzen.

Ja, Herr Jäger, Ihre Konsolidierungshilfen sind nicht, wie Sie es immer darstellen, ein Spatz in der Hand der Kommunen, sondern eine Granate, die einen großen Teil der verbliebenen Infrastruktur in den 34 Kommunen zerstört.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das sind vergiftete Hilfen. Solche Hilfen braucht niemand.

(Beifall von der LINKEN)

Ja, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, selbst die CDU kritisiert Ihr IWF-Programm auf Landesebene und spricht von Erdrosselung, von Zerstörung der kommunalen Selbstverwaltung. Mit ihrer Kritik hat die CDU recht. Aber sowohl Ihre Kritik als auch Ihr Alternativkonzept sind auch vergiftet, Herr Löttgen, Herr Biesenbach. Denn auch Sie haben in der Vergangenheit in Bund und Land genauso wie SPD und Grüne zur Finanznot der Kommunen beigetragen. Sie schlagen jetzt für den Haushaltsausgleich zehn Jahre statt fünf Jahre vor.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU] – Gegenruf von Rüdiger Sagel [LINKE]: Ihr Gedächtnis reicht nicht sehr weit in die Vergangenheit!)

Meine Herren, warum haben Sie denn damals bei der Reform von § 76 GO, als es genau um dieses Zeitfenster ging, nicht auch zugestimmt? Das haben Sie damals nicht getan.

(Beifall von der LINKEN)

Sie wollen jetzt 342 Millionen € Zinshilfe geben – es bleiben nur noch 308 Millionen Landesmittel übrig – und sie auf 164 Gemeinden im Haushaltssicherungskonzept verteilen. Ihre Zinshilfe ist nur ein Geschenk an die Finanzmärkte – mehr nicht.

(Manfred Palmen [CDU]: Blödsinn!)

So, wie früher Norbert Blüm immer ausrief: „Die Renten sind sicher“, so schallt heute von den griechischen Schulden bis zu den kommunalen Schulden der Ruf an die Finanzmärkte: „Die Zinszahlungen sind sicher.“

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Unsere Sorge gilt aber nicht den Banken, sondern den Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall von der LINKEN)

Nein, meine Damen und Herren von der CDU, Ihre Hilfen reichen auch nicht viel weiter als die der Landesregierung. Der einzige Vorteil wäre die freiwillige Teilnahme.

Die einzige Alternative hat die Fraktion Die Linke am 20. September in diesem Landtag dargestellt.

(Zurufe von der CDU)

– Der Erstantrag, meine Herren, ist sehr detailliert, bezogen auf das Gesetz, und schlägt ein anderes Verteilungskriterium für die 350 Millionen € vor. Wir lehnen das Kriterium der bilanziellen Überschuldung ab – wie übrigens auch Junkernheinrich und Lenk –, und wir haben stattdessen einen Belastungsindikator aus einem Mix von strukturellem Defizit, Höhe der Kassenkredite und der Nettosozialtransferleistungen vorgelegt. Das wären ungefähr 60 Kommunen. Auch Städte wie Solingen oder Gelsenkirchen, die Sie nicht berücksichtigt haben, Herr Jäger, wären mit dabei.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Alles aus dem Haushalt!)

Es wäre aber auch kein Gießkannenprinzip, wie es die CDU vorschlägt.

(Beifall von der LINKEN)

Natürlich lehnen wir in diesem konkreten Antrag auch die Zwangsteilnahme, den Sparhammer und die Sparkommissare ab, so wie sich das gehört.

In unserem zweiten Antrag legen wir dar, wie eine echte Entschuldung stattfindet. Denn sowohl die Minderheitsregierung als auch die CDU scheinen sich mittlerweile von dem Gedanken komplett verabschiedet zu haben, die Entschuldung durchzuführen. Wir schlagen daher vor, ab 2012 zwei Drittel der Kassenkredite in einen Landesfonds zu übernehmen.

(Minister Ralf Jäger: 14 Milliarden!)

Das Fondsmodell gibt es übrigens auch in Rheinland-Pfalz. Da der überwiegende Teil der kommunalen Schulden, wie wir alle wissen, von Land und Bund verursacht ist, ist es angebracht, diese zwei Drittel zu übernehmen.

Als weitere Schritte schlagen wir vor, die 350 Millionen € zur Bedienung dieses Fonds zu nutzen, ein Schuldenaudit durchzuführen und die Gläubigerstruktur und die Schulden offenzulegen. Denn niemand in diesem Hause weiß – auch Kommunalminister Jäger nicht –, gegenüber wem die Kommunen Schulden haben. Das kann doch nicht angehen.

Meine Damen und Herren, das Land muss ohnehin verfassungsrechtlich für die Kommunen geradestehen. Das Land hat ganz andere Möglichkeiten als die Kommunen, mit Banken zu verhandeln und über eine Gläubigerbeteiligung zu diskutieren. Das Land hat ganz andere Möglichkeiten,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

politische Vorstöße auf Bundesebene einzubringen, zum Beispiel für eine Umkehr in der Steuerpolitik, damit endlich auch einmal die Einnahmenseite gestärkt wird.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, ich habe zwei Problempunkte. Sie sind erstens dabei, Ihre Redezeit zu überziehen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zum Zweiten habe ich noch eine Zwischenfrage von Herrn Abruszat. Ich mache Ihnen folgendes Angebot: Sie lassen die Zwischenfrage zu, und danach schließen Sie Ihre Rede. Ist das möglich?

Özlem Alev Demirel (LINKE): Okay.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, bitte schön.

Kai Abruszat (FDP): Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident. Ganz herzlichen Dank auch Ihnen, Frau Kollegin, wobei Sie durch meine Zwischenfrage ja auch die Gelegenheit haben, Ihre Rede fortzusetzen.

(**Özlem Alev Demirel [LINKE]:** Genau das war auch die Taktik dahinter, Herr Abruszat!)

Ich hätte gerne gewusst: Aus welchen Mitteln wollen Sie diesen Entschuldungsfonds speisen?

Özlem Alev Demirel (LINKE): Das habe ich eben dargelegt, Herr Abruszat. Einmal sollen die 350 Millionen für die Schuldentilgung verwendet werden. Zudem soll ein Schuldenaudit vorgenommen werden. Die Gläubigerstruktur soll transparent werden. Es sollen Verhandlungen stattfinden, was diese Schulden angeht, und wir müssen vor allen Dingen die Bundesebene mit in die Pflicht nehmen, eine andere Steuerpolitik zu machen.

(Zurufe: Ah!)

Aber klar ist, wenn ein Land wie Nordrhein-Westfalen eine Bad Bank für die WestLB einrichtet, muss es auch sagen: Wir sind bereit dazu, die Schulden der Kommunen zu übernehmen. Denn wir in Nordrhein-Westfalen und im Bund haben diese verursacht. Darüber muss man reden können. Sie haben sich verpflichtet, für die WestLB eine Milliarde zur Verfügung zu stellen. Wir sagen, die Kommunen sind wesentlich wichtiger als die Banken.

(Beifall von der LINKEN)

Denn da findet die Daseinsvorsorge statt, da ist unsere soziale Infrastruktur zuständig, und da leben die Bürgerinnen und Bürger. In diesem Sinne kann ich Sie nur bitten und auffordern: Stimmen Sie der einzigen Alternative, den Anträgen der Fraktion Die Linke, zu! – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Demirel. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Landesregierung, den Sie, Herr Kommunalminister, vorgelegt haben, ist nicht, wie Sie gesagt haben, ein guter Aufschlag, sondern ein brutaler Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung in diesem Land,

(Beifall von der CDU und von Ralf Michalowsky [LINKE])

und er blendet den größten Teil des Problems – dazu werden wir gleich noch kommen – schlicht und einfach aus.

(Minister Ralf Jäger: Und der wäre?)

– Das sage ich Ihnen gleich. – Sie haben recht, Herr Minister, am gestrigen Abend habe ich mich über eine Reaktion auf unser Papier besonders gefreut. Prof. Junkernheinrich – soweit ich weiß, ist er auch

der von Ihnen beauftragte Gutachter des Landes – hat geschrieben: Ich finde den Vorschlag der CDU-Fraktion gelungen.

Das zeigt vor allen Dingen eines: Die CDU-Fraktion liegt mit ihrem Vorschlag nahe bei dem einzigen Gutachten, das es bisher gibt und das die Finanzsituation der nordrhein-westfälischen Kommunen ausgiebig untersucht und einen Lösungsweg aufgezeigt hat. Dieser Lösungsweg heißt: Haushaltsausgleich und Schuldenabbau. Gerade diesen Schuldenabbau, Herr Kommunalminister, haben Sie in Ihrem Konzept überhaupt nicht auf dem Schirm.

Ich will, weil Sie eben gesagt haben, die Lage der Kommunen verschlechtert sich nicht, einmal beschreiben, was es für die 34 Stärkungspakt-Kommunen insgesamt bedeutet, wenn Ihr Konzept tatsächlich Wahrheit wird. Derzeit haben diese 34 Kommunen – ich beziehe mich da auf die Modellrechnung 3a – ein strukturelles Defizit – also höhere Ausgaben als Einnahmen – von 622 Millionen €.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Dazu kommen Kassenkreditzinsen in Höhe von 60 Millionen €. Das macht zusammen 682 Millionen €.

(Minister Ralf Jäger: Was sind das für Zahlen?)

– Die strukturelle Lücke der 34 Kommunen lässt sich aus dem Gutachten einfach errechnen. Ich könnte Ihnen auch die Spalte nennen. Darüber können wir uns nachher gerne noch einmal unterhalten.

Von den 682 Millionen € zahlen Sie in 2011 350 Millionen €, und 20 % des Defizits – das sind 136 Millionen € – steuern die Kommunen bei. Bedauerlicherweise verbleibt da eine strukturelle Lücke von 196 Millionen €, die mangels anderer Finanzierungsquellen mit Kassenkrediten gedeckt werden muss. Das führt zu einem Plus von 500 Millionen € bei den Kassenkrediten und zu einem Plus von 10 Millionen € bei den Zinsen.

Der Finanzbedarf der Kommunen hat sich 2012 aber überhaupt nicht geändert. Er beträgt für die 34 Kommunen nach wie vor mindestens 682 Millionen €, jetzt allerdings plus 10 Millionen € Zinsen. Die Kommunen müssen im Jahr 2012 jetzt 40 % ihres Defizits als Eigenbeitrag aufbringen.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

– Herr Hübner, diese 40 % entsprechen 253 Millionen €. Auch damit schließen sie die strukturelle Lücke noch nicht, denn es bleiben 29 Millionen € übrig. Das macht aber nichts, denn die Kassenkredite wachsen jetzt um 600 Millionen €, die Zinsen um 12 Millionen €.

Das ist aber nicht mehr wichtig, denn die ersten Bürgermeister und Oberbürgermeister haben ihren Weg in die geistige Emigration längst angetreten.

Die ersten Gemeinderäte haben aufgehört, zu arbeiten, weil sie nicht mehr wissen, wie sie diesen Einsparbeitrag aufbringen können. Aber auch das ist nicht mehr wichtig. Denn spätestens 2013 kommt der Finanzkommissar aus Düsseldorf und zeigt den Kommunen, wie sie den dann auf 60 % gestiegenen Eigenanteil – sprich: 386 Millionen € – aufbringen können. Das ist ja auch eine ganz einfache Rechnung.

An der Stelle, Herr Minister, haben Sie Junkernheinrich wirklich gut verstanden. Junkernheinrich hat gesagt, dass die Bürger das aufbringen müssen, was Land und Bund nicht aufbringen.

Das bedeutet Steuererhöhungen!

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Grundsteuer B würde sich in einem solchen Fall – gerechnet für mehrere Kommunen – im ersten Jahr in etwa verdoppeln und im zweiten Jahr bereits über 1.000 Hebesatzpunkten liegen. Am Ende der Fahnenstange muss jede Bürgerin und jeder Bürger in diesem Land, in diesen 34 Kommunen 500 € bezahlen, weil Sie nicht in der Lage sind, ein vernünftiges Konzept aufzustellen.

(Beifall von der CDU)

Was Sie den Kommunen liefern, ist eine Lücke zur Auffüllung einer Lücke. Was Sie in Wirklichkeit machen, ist nichts anderes als Sterbehilfe für die Kommunen, und diese ist, soweit ich weiß, in Nordrhein-Westfalen Gott sei Dank verboten.

(Beifall von der CDU)

Sie bestrafen nebenbei die Bürgerinnen und Bürger mit einem Konzept, das ich für völlig untauglich halte. Können Sie mir nur eine einzige Person nennen, die gesagt hat, die 350 Millionen € reichten aus? Ich kenne keine, insbesondere keinen einzigen Oberbürgermeister – und schon gar keinen von der SPD. In den Forderungen der SGK, der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, vom 16. August 2011 heißt es eindeutig: 350 Millionen € sind nicht ausreichend.

Meine Damen und Herren, die Zins- und Entschuldungshilfe, welche die CDU als Konzept vorgestellt hat, greift diese Schwachstellen Ihres Programms auf und beschreibt eine umfassende, transparente und am Ende auch gerechtere Lösung, die dem Kriterium der Nachhaltigkeit auch tatsächlich genügt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie selbst, Herr Minister, räumen ein, dass es nur noch acht Kommunen in NRW gibt, denen es gut geht. Mehr sind das nicht. Den 164 notleidenden Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die in der Haushaltssicherung, im Nothaushalt und gleichzeitig vielleicht noch überschuldet sind, möchte die CDU im Ganzen helfen statt eine Auswahl anhand hoch fragwürdiger Kriterien zu treffen.

Diesbezüglich, Frau Demirel, haben Sie Herrn Junkerheinrich in Ihren beiden Anträgen – das bleibt aber das einzige Lob an Die Linke in Bezug auf diese beiden Anträge – ausnahmsweise einmal richtig zitiert, der gesagt hat, dass die ausschließliche Bezugnahme auf die Kernhaushalte als Kriterium sehr fragwürdig ist.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Aber auch der Rest stimmt in den Anträgen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Löttgen, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Eiskirch möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Bodo Löttgen (CDU): Keine Zwischenfragen. Danke sehr.

958 Millionen € kann das Konzept der CDU für die notleidenden Kommunen zur Verfügung stellen. Das ist eine wirksame Dosis, und zwar bereits zu Beginn, Herr Minister. Die Kommunen, die gespart haben – ich kenne eine ganze Reihe Kommunen, die Sparprogramme an der Schmerzgrenze aufgelegt haben –, werden dabei nicht mit einer Abundanzumlage bestraft.

Sie, Herr Minister, haben gesagt, unser Papier sei fehlerhaft. Es verwundert mich, wie Sie so schnell nachgerechnet haben; Sie müssen über bessere Rechenmöglichkeiten verfügen als ich.

(Minister Ralf Jäger: Ich verfüge über bessere Leute!)

– Herr Minister, vielen Dank für dieses Kompliment, das sicherlich hilfreich ist bei den nächsten Gesprächen.

Herr Minister, Sie haben außerdem gesagt: Nicht die Zinslast ist das Problem. – Ich will Ihnen nachweisen, dass das nicht stimmt: Von den 20,2 Milliarden € an Kassenkrediten entfallen heute auf die 362 Kommunen in NRW, die Sie gar nicht auf dem Schirm haben, 17 Milliarden €. Der Rest ist bei den 34 Stärkungspaktkommunen. Der Anstieg der Kassenkredite wird unter Ihrem Programm bis 2014 in Nordrhein-Westfalen 17 Milliarden € betragen. Dann sind wir bei knapp 38 Milliarden € Kassenkrediten, und zwar nur deshalb, weil Sie dieses Problem nicht erkannt haben, weil Sie 362 Kommunen bei Ihrem Programm völlig ausblenden.

Das war einmal anders. Am 18. Januar sagten Sie noch: Gründe für die kommunale Finanzkrise sind insbesondere die hohen Kassenkredite. – Am 2. Februar 2010 sagten Sie noch: Die Kommunen werden von den Zinsen erdrückt.

Ich weiß nicht, was Ihre Meinungsänderung herbeigeführt hat, Herr Minister. Es wäre besser, Sie wären bei dem geblieben, was Sie damals schlauerweise erkannt haben.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden gemeinsam die dramatische Finanzlage der Kommunen nur dann in den Griff bekommen, wenn wir, so wie es das Gutachten auch ausführt, beide Seiten der Medaille, sprich: Haushaltsausgleich und Schuldenabbau, mit in den Blick nehmen.

Die CDU setzt mit ihrem Konzept als einzige Partei in diesem Hause den am 29. Oktober 2010 gemeinsam eingeschlagenen Weg, die Probleme der Kommunen auch wirklich ernst zu nehmen, fort. Wir bleiben nicht auf halbem Weg stehen wie Sie und überlassen den Rest der Lösung mal ganz einfach den Kommunen.

Mit der Einrichtung unseres Hilfspaketes – Sie haben eben danach gefragt – in einem verfassungsgemäßen Haushalt machen wir deutlich,

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

dass eine nachhaltige Lösung unverzichtbarer Bestandteil auf dem Weg zu einer Schuldenbremse für Land und Kommunen ist.

Zum Schluss, meine sehr geehrten Damen und Herren: Fachleute und die kommunale Familie werden in den nächsten Tag, soweit es nicht bereits geschehen ist, feststellen: Die CDU hat das bessere von beiden Konzepten erdacht. Vielleicht überdenken Sie noch einmal Ihre voreiligen Äußerungen von gestern.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Löttgen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Körffges das Wort. Bitte schön.

Hans-Willi Körffges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es einmal ganz anders machen als meine beiden Vorrednerinnen und Vorredner und mich für die SPD-Landtagsfraktion ganz eindeutig über kleinliche Beckmesselei bezogen auf unsere Haltung den Kommunen gegenüber hinwegsetzen und mich einfach darüber freuen, dass wir heute das erste Mal ernsthaft in diesem Hause über die Art und Weise diskutieren, wie wir tatsächlich Finanzmittel zugunsten der überschuldeten und von Überschuldung bedrohten Kommunen in Bewegung setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der CDU, im Lukas-Evangelium steht ja, dass über einen reuigen Sünder im Himmel mehr Freude ist als über 99 Gerechte. Insoweit will ich mich ernsthaft mit den Kommunen in Nordrhein-Westfalen darüber freuen, dass Ihre Erkenntnisarmut aus der vergangenen Wahlperiode einer gewissen Wahrnehmungsfähigkeit gewichen ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt ein weiteres Bibelzitat, nämlich, dass man diejenigen, die was sagen, an ihren Taten erkennen muss. Meine Damen und Herren, da erlauben Sie mir doch bitte, den Blick ein wenig zurück zu richten.

(Bodo Löttgen [CDU]: Fangen Sie vor 2005 an! – Ralf Witzel [FDP]: Richten Sie Ihren Blick nach vorne!)

Wo waren denn die Herren Laschet und Laumann, die sich in Bezug auf die Kommunen heutzutage als Robin Hood verkleiden möchten, am Kabinettstisch, als die CDU in Regierungsverantwortung den Kommunen in die Kassen gegriffen hat? Wo waren denn die Herren, die heute unsere Konzepte kritisieren, als es darum ging, die Kommunen vor einem beispiellosen Raubzug in Höhe von 3 Milliarden € zu bewahren? Wo waren Sie denn da?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wo waren Sie, als wir in der letzten Wahlperiode das erste Mal einen Antrag in diese Richtung unter der Überschrift „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ vorgelegt haben?

(Bodo Löttgen [CDU]: Was stand denn darin?)

Da hat mir – Gott sei Dank sitzt der Herr nicht mehr da – der abgewählte Finanzminister entgegengehalten: Welches Problem? Es gibt das Problem nicht.

Meine Damen und Herren, gegen Ende der Legislaturperiode wurde dann aber erkannt, dass es das Problem offensichtlich doch gibt. Und dann ist ein ganz tolles Angebot gekommen – das können Sie alles nachlesen –: Da wollte die CDU 100 Millionen € zur Bekämpfung der kommunalen Überschuldung zur Verfügung stellen und hielt das für angemessen und ausreichend.

Willkommen in der Wirklichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir laden Sie herzlich dazu ein, mit uns gemeinsam nach besseren Lösungen für die Kommunen zu suchen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Körfges, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Abgeordnete Löttgen würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Hans-Willi Körfges (SPD): Ach, der Kollege Löttgen hat selber keine Zwischenfrage zugelassen. Ich bin aber mal so frei. Kollege Löttgen, wenn es der Wahrheitsfindung dient, bitte.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Bodo Löttgen (CDU): Vielen Dank, Herr Kollege Körfges, dass Sie heute so milde gestimmt sind.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ich bin noch nicht fertig, Herr Löttgen!)

– Das denke ich mir. – Ich möchte Sie gern zu Folgendem fragen: Sie haben eben den Stärkungspakt der SPD aus dem Jahre 2008 angesprochen, verabschiedet am 6. November 2008. Steht denn die SPD-Fraktion heute noch hinter den Aussagen dieses Stärkungspaktes, insbesondere hinter der Aussage, dass Sie damals beschlossen haben, Zinsen und Tilgung für besonders belastete Kommunen zu finanzieren?

(Marc Herter [SPD]: Nicht nur Zinsen!)

Hans-Willi Körfges (SPD): Nicht nur Zinsen! – Natürlich stehen wir zu unseren damaligen Aussagen. Nur – jetzt kommen wir zum zweiten Punkt, nämlich der Belastbarkeit Ihrer Finanzpolitik –: Wir müssen uns – das enttäuscht mich wirklich –, wenn wir das Gesamtproblem betrachten, natürlich auf unseren Teil beim Haushalt konzentrieren. Und da bin ich wirklich mal richtig gespannt.

Die 350 Millionen tun dem Landeshaushalt verdammt noch mal weh. Wir wollen diese Mittel einsetzen, um den Kommunen zu helfen. Wenn ich jetzt Ihre Zahlen sehe und – vorsichtig gesprochen – hier leichtfertig 958 Millionen € in den Raum gestellt werden, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat sich ganz offensichtlich Herr Weisbrich, Ihr Haushaltsspezialist, im Verhältnis zu den hinter uns liegenden Haushaltsberatungen noch einmal gesteigert. Er hat es jetzt tatsächlich geschafft, die Null – so sage ich mal – zu verdoppeln. Denn das, was Sie letztendlich auch liefern müssen, sind doch ernsthafte Beiträge zu dem Thema, wie Sie es denn insgesamt finanzieren wollen.

Dazu gebe ich Ihnen einen kleinen Hinweis, Herr Kollege Löttgen. Was mir in Ihrer Rede am meisten gefehlt hat und was wir hier gemeinsam über alle Fraktionen hinweg ins Auge genommen haben, war doch die Erkenntnis, dass das Land nicht in erster Linie, sondern gemeinsam mit dem Bund gefordert ist.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich würde uns wünschen, dass wir das gemeinsam auf den Weg Gebrachte, wie es gestern in der Pressekonferenz auch angeklungen ist, weiter vertiefen. Wir brauchen zusätzlich einen weiteren erheblichen Beitrag des Bundes zur Entlastung der Kommunen. Dann stellt sich das Problem, Herr Kollege Löttgen, auch überschaubarer dar.

Genauso haben Sie bei Ihrem Wortbeitrag ausgeblendet, dass wir im GFG – Gott sei Dank – nicht nur einen Zuwachs an Masse verzeichnen können, sondern dass die Regierung und die sie tragenden

Fraktionen auch im letzten GFG – ich kann mich an die Grunddatenanpassung erinnern – die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass die, die bezogen auf die Soziallasten am härtesten betroffen sind, endlich auch gerecht behandelt werden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben über § 76 der Gemeindeordnung die Möglichkeit geschaffen, dass die Kommunen verantwortlich – insoweit trifft das Argument der Entmündigung der Kommunen ganz offensichtlich nicht uns, liebe Kollegin Demirel – und flexibel mit ihren eigenen Aufgaben umgehen können.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Mit unserer Stimme!)

Auch das dient der kommunalen Stärkung.

Wir haben bis jetzt 1 Milliarde € – von Ihnen beklagt und bekämpft, liebe Kolleginnen und Kollegen – in den Haushalten zur Verfügung gestellt, damit die Grundlast bei den Kommunen abgefangen wird.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: Und Schulden gemacht!)

Liebe Frau Demirel, wenn Sie hier schon etwas zitieren, dann müssen Sie das auch richtig machen. Was wir den Kommunen gegeben haben, das war der Anteil der Grunderwerbsteuer. Was wir gegeben haben, war etwas – da hat der Kollege Hovenjürgen ganz offensichtlich recht –, was zwar von der SPD eingeführt worden war, aber von SPD und Grünen auch wieder abgeschafft worden ist, nämlich die Befrachtung des GFG. Das haben wir geleistet.

(Beifall von den GRÜNEN – Özlem Alev Demirel [LINKE]: Alles mit unserer Stimme!)

Das hat mit dem, was in dem kommunal mitfinanzierten Solidarbeitrag jetzt bei uns verbucht ist, überhaupt nichts zu tun, Frau Demirel. Da geht es um SoBEZ, da geht es um den Zuwachs bei der Grunderwerbsteuer – den Zuwachs und nicht den Grundbetrag –, und da geht es um die freiwerdenden Solidarpaktmittel. Wer unser Konzept kritisiert, der müsste es erst einmal lesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf an all diejenigen, die sich jetzt ernsthaft mit uns bewegen wollen, ausdrücklich das Angebot erneuern, dass wir Sie dazu einladen, gemeinsam mit den Regierungsfractionen und der Regierung eine bessere Situation für unsere Kommunen zu schaffen.

350 Millionen € sind sicherlich auf der einen Seite zur Lösung des Gesamtproblems nicht ausreichend – da sind wir nahe beieinander, Herr Löttgen –, aber ich habe die schlimme Vermutung, dass all diejenigen, die unser Konzept kritisieren, unter Umständen einen parteipolitischen Dreisatz versuchen: Wir kritteln jetzt ein bisschen herum und legitimieren damit unsere Ablehnung, um gegebenenfalls dann auch die 350 Millionen €, die wir einstimmend für die Kommunen zweckgebunden in den Haushalt einge-

stellt haben, nicht auszahlen zu müssen. – Ein solches Geschäft ist mit uns nicht zu machen! Das sage ich Ihnen ganz deutlich. Wir wollen, dass diese 350 Millionen € den Kommunen zugutekommen.

(Zuruf)

Apropos Bedingungen – ich nehme auch Zwischenrufe auf –: Bedingung ist aus Sicht auch der Kommunen, die wir auf der Geberseite beteiligen wollen, nicht eine einzelne Maßnahme. Bedingung kann nicht sein, eine Kommune zu überfordern. Ich weise für meine Fraktion ganz eindeutig die Unterstellungen, die im luftleeren Raum gemacht werden, zurück, dass wir gar vorhätten, bei Beschäftigten oder bei Strukturen die Säge anzusetzen oder gar betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen. Das glatte Gegenteil ist der Fall: Wir wollen die Kommunen wieder handlungsfähig machen!

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Es sind Ihre Bürgermeister, die das sagen!)

– Herr Kollege Hovenjürgen, wenn Sie – ich weiß nicht, wo Ihre Glaskugel steht, aber offensichtlich ist sie nicht richtig geeicht – mir jetzt verraten können, wie denn die konkreten Finanzdaten für die einzelnen der für den Stärkungspakt vorgesehenen Städte lauten, dann könnten wir uns über die eine oder andere Stadt im Einzelfall unterhalten. – Genau darin liegt die Herausforderung, vor der wir stehen.

Wir werden uns, sobald die Finanzdaten vorliegen, mit den Kommunen – das Programm heißt Stärkungspakt – unter Einschaltung auch von externer Beratung zusammensetzen müssen, damit niemand überfordert und erst recht niemand über den Tisch gezogen wird. Wir sagen als SPD-Fraktion ausdrücklich zu – ich denke, da sind wir im besten Einvernehmen mit dem Koalitionspartner –, dass wir an den Stellen, wo es wirklich um kommunale Selbstverwaltung und kommunale Selbstentscheidung geht, natürlich sehr sorgsam auch das Handeln der Bezirksregierungen mit erwägen und begleiten werden. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Bauen Sie hier doch keinen Popanz auf!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie sich noch einmal ganz ausdrücklich von uns einladen. Wir sind auch im Detail durchaus gesprächsbereit und offen. Das wissen Sie. Lassen Sie sich also von uns einladen. Hier geht es nicht darum, parteipolitische Süppchen zu kochen. In diesem Fall geht es darum, die Krise bei den Kommunalfinzen, die durch die Vorgängerlandesregierung zwar nicht verursacht, aber maßgeblich verschärft worden ist, wirksam zu bekämpfen. Dazu sind wir alle aufgefordert. Es sollte einen fairen Wettstreit um die besten Lösungen geben und nicht den Versuch, eigenes Tun in der Vergangenheit durch Phantasiegebilde in der Gegenwart zu kaschieren. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Körfges. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Mostofizadeh das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon schwer beeindruckt von den Pirouetten der CDU-Fraktion. Das hätte ich nicht für möglich gehalten. Ich hatte mir lange ausgemalt, wie das heute hier ablaufen würde. – Herr Palmen ist schon wieder auf Betriebstemperatur. – Dass die CDU jetzt in Fundamentalopposition abgeglitten ist, finde ich schon beeindruckend.

(Beifall von den GRÜNEN – Bodo Löttgen [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Bis vor wenigen Wochen war die CDU noch der Auffassung, es sollte nicht mit der Gießkanne so viel Geld an die Kommunen ausgeschüttet werden. Sie hatte einen klaren Kompass: keine Änderung des § 76 der Gemeindeordnung,

(Bodo Löttgen [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

kein Haushaltsausgleich nach zehn Jahren, weil das eine Einladung wäre, sich weiter zu verschulden.

Jetzt kommt Herr Löttgen mit Tränen in den Augen und erklärt hier, lediglich 350 Millionen € mehr an die Kommunen – nachdem schon 320 Millionen € mehr über das GFG gekommen sind; auf die ganzen anderen Maßnahmen wie beim KiBiz etc. will ich gar nicht hinweisen – führe zur Strangulierung der Kommunen.

Ich hätte an Ihrer Stelle Probleme mit dem Spiegel, wenn ich vor ihm stehen würde und mir das deutlich machen müsste, Herr Kollege Palmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte einmal Ihren Fraktionsvorsitzenden aktuell aus der gestrigen „Rheinischen Post“ zitieren. Darin wird er von Herrn Hüwel und Herrn Kessler gefragt, ob die alte Landesregierung den Problemen der Kommunen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe. – Was antwortet Herr Kollege Laumann: Dem will ich nicht widersprechen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ja!)

Ich glaube, dass diese Zusammenfassung sehr eindeutig ist.

(Bodo Löttgen [CDU]: Im Gegensatz zu Ihnen sind wir lernfähig!)

Ich bin auch froh – das will ich dazusagen, Herr Palmen, weil Sie einer von denen waren, die immer ordentlich Öl ins Feuer gegossen haben –, dass Sie erkannt haben, dass die Strangulierung der Kommunen und das Diskutieren mit ihnen von oben

herab endlich ein Ende haben müssen. Ich hoffe, dass das mit dem heutigen Tage auch klar ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Lassen Sie mich jetzt noch einen weiteren Punkt vom Kopf auf die Füße stellen. Sie haben bei den Haushaltsberatungen suggeriert, dass man mit globalen Minderausgaben diesen Haushalt sanieren könne. Ich will das hier gar nicht allzu lang machen.

Lassen Sie mich aber aus Ihrem Papier nur einmal die Bausteine der Hilfe 2011 in Höhe von 958 Millionen € herausnehmen. Davon sind – ich fasse das einmal zusammen – 650 Millionen € Hilfen für die Kommunen. Das sind 300 Millionen € mehr, als jetzt im Haushalt stehen.

Also müssten Sie im Nachtragshaushaltsverfahren 300 Millionen € zusätzlich zur Verfügung stellen – ich nehme nur einmal Ihr Papier; ich will jetzt gar nicht über weitere Plausibilitäten nachdenken –, die Sie aus dem Verzicht auf rot-grüne Wahlgeschenke finanzieren wollen. Namentlich bedeutet das ja wahrscheinlich Hochschul- und Kita-Gebühren.

Wir setzen in diesem Jahr 70 Millionen € im Bereich KiBiz und 125 Millionen € im Bereich Studiengebühren ein. Zusammen sind das 200 Millionen €. Sie wissen, dass es schon technisch nicht geht, auch noch darauf zu verzichten. Aber selbst wenn es technisch ginge, würde die Summe gar nicht ausreichen.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Sie sagen, wir wollten die Kommunen strangulieren, weil wir 20 % als Beitrag der Empfängerkommunen ansetzen. Sie weisen das mit 70 Millionen € aus.

Vielleicht sollten Sie das Gesetz einmal richtig lesen. Dann sehen Sie nämlich, dass wir das jedes Jahr kumulativ machen wollen. Am Ende sind es 350 Millionen €.

(Bodo Löttgen [CDU]: 2011!)

Im ersten Jahr wollen Sie als Beitrag der Empfängerkommunen 308 Millionen €! Wenn man sich diese Summen anguckt, ist wohl auch eindeutig, wer da mehr stranguliert.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Aber vielleicht kann ich ja nur nicht lesen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Mostofizadeh, es gibt eine Kollegin und einen Kollegen, die Ihnen gerne Zwischenfragen stellen möchten. Die Erste ist die Abgeordnete Demirel und der Zweite der Abgeordnete Palmen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] nickt.)

– Bitte schön, Frau Demirel.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege, der Kämmerer der Stadt Oberhausen hat vor einer Woche oder etwas mehr in der „WAZ“ ausgeführt, was dieses Stärkungspaket für seine Stadt bedeuten würde. Er meinte, bei Landeshilfen in Höhe von 40 bis 50 Millionen €, die ihr zustehen würden, müsste sie einen Eigenbeitrag in Höhe von 110 Millionen € leisten. Er hat dann gesagt – ich zitiere ihn –: Man kann zwar alles machen. Aber dann will keiner mehr in dieser Stadt leben.

Es gibt unzählige andere Kämmerer, die genauso wie Verdianer, also Personalräte in den Kommunen, in den letzten Wochen Interviews gegeben haben. Haben Sie einmal mit denen gesprochen? Und würden Sie den Aussagen, dass es keine Strangulierung ist, noch zustimmen, wenn Sie hier lesen, dass 50 Millionen € 110 Millionen € gegenüberstehen?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Abgeordnete Demirel, bevor Herr Mostofizadeh die Gelegenheit hat, diese Zwischenfrage zu beantworten, darf ich noch einmal auf die Passagen in der Geschäftsordnung zu Zwischenfragen verweisen. – Bitte schön, Herr Abgeordneter Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Kollegin, offensichtlich hat Herr Tsalastras eine Glaskugel, um schon erkennen zu können, was darin sein wird. Einiges hat er nämlich nicht berücksichtigt. Das hätte ich sonst auch in Richtung CDU gesagt: Es gibt ja nicht nur den Stärkungspakt Stadtfinanzen, sondern auch ein paar andere Dinge, die im Gemeindefinanzierungsgesetz stehen.

(Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU] und von Bodo Löttgen [CDU])

– Ich beantworte jetzt die Frage von Frau Demirel. Dann können wir uns weiter unterhalten. – Das Gemeindefinanzierungsgesetz wird voraussichtlich dazu führen, dass die Stadt Oberhausen in ganz beachtlichem Maße im Bereich der Soziallasten profitieren wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die Summe ist noch nicht bekannt, weil die Schlussabrechnung natürlich nicht da ist und weil die Daten über die Finanzkraft der anderen Kommunen nicht vorliegen. Ich vermute aber einmal aus dem Bauch heraus, dass dort schon locker 20 Millionen € zusammenkommen können. Die müsste Herr Tsalastras einmal einrechnen.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Dann bleiben 90 Millionen €!)

– Soll ich antworten oder wollen Sie? – Vielleicht guckt man sich auch einmal an, wie hoch der Fehlbetrag in Oberhausen 2009 und 2010 war, und nimmt dann das Mittel. Lesen hilft beim Stärkungspakt

Stadtfinanzen ein bisschen. Man sollte also einmal das Gesetz lesen.

Dann kommt man auf eine Summe, die weit unterhalb von 110 Millionen € liegt. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe – weil es um Oberhausen geht, könnte der Minister mir aber sonst aushelfen –, betrug das Defizit dort im Schnitt rund 110 Millionen €.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: 160, sagt der Kämmerer!)

Bei 45 % Entlastung sind wir, wenn ich das jetzt richtig zusammenrechne, schon sehr nah bei 70 Millionen € Entlastung.

Was die 20 % betrifft: Wenn sie im ersten Jahr gar nichts zu tun bräuchten, würde ich das nicht für richtig halten. Es sollte keiner vergessen – daran darf ich erinnern, wenn hier von Strangulieren gesprochen wird –, dass die Gemeindeordnung, die gestern galt, heute gilt und auch morgen gelten wird, von allen Kommunen – darauf haben Sie immer bestanden – den schnellstmöglichen Haushaltsausgleich verlangt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist Gesetzeslage. Diese Bestimmung hat die CDU, glaube ich – ich hoffe es –, bis zum heutigen Tage nicht verändert. Das heißt: Wenn Oberhausen Möglichkeiten zur Konsolidierung hat, muss Oberhausen diese Möglichkeiten ergreifen. Das gilt auch für jede andere Kommune.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sagen Sie das einmal Frau Schäfer in Bezug auf das beitragsfreie Kindergartenjahr!)

Mit Strangulieren hat das nichts zu tun. Das ist ordnungsgemäße Haushaltswirtschaft. Ich weiß nicht, warum wir uns an dieser Stelle über diesen Punkt streiten müssen. – Jetzt die zweite Frage.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Palmen, Ihre Zwischenfrage, bitte.

Manfred Palmen (CDU): Herr Kollege Mostofizadeh! Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass, wie wir am Freitag vom Finanzminister gehört haben, die Bewirtschaftung des Haushalts 2011 bereits jetzt eine Minderausgabe von 300 Millionen € enthält?

Und sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir zurzeit Steuermehreinnahmen gegenüber dem vergangenen Jahr von 2,24 Milliarden € haben und mit Sicherheit Ende des Jahres die 300 Millionen €, die im Haushalt noch nicht etatisiert sind – die 350 Millionen € sind ja in den 4,8 Milliarden € Schulden enthalten –, bereitstellen können, um unsere 650 Millionen € für dieses Jahr zu finanzieren?

Und sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir über das Jahr 2011 reden, in dem bei der Stadt

Oberhausen oder irgendeiner anderen Stadt keinerlei Entlastung aus der Grundsicherung ankommt, weil diese Entlastung überhaupt erst im Jahr 2012 beginnt?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Auch hier darf ich noch einmal auf die Regeln der Geschäftsordnung verweisen. – Bitte schön, Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin, Sie haben mir das Wort aus dem Mund genommen. Er hat jetzt, glaube ich, vier Fragen gestellt. Ich suche mir dann einmal eine aus.

Nur ein kurzer Schlenker – das soll jetzt nicht zur Beantwortung gehören –: Ich habe gar nicht von einer Entlastung bei der Grundsicherung gesprochen. Ich habe von den Grunddatenanpassungen im GFG gesprochen, die bei uns 2011 und 2012 stattfinden.

(Beifall von der SPD)

Dagegen sind Sie politisch sehr massiv aufgetreten, um es einmal vorsichtig auszudrücken.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das war aber sehr sachlich formuliert!)

Aber zurück zu den 300 Millionen €. Herr Palmen, wenn ich das noch richtig im Kopf habe, rede ich in einigen Stunden zu dem Tagesordnungspunkt „Verfassungsklage gegen den Haushalt 2011“, unter dem Ihr Name notiert ist. Ich gehe davon aus, dass Sie nicht schizophren sind und nach wie vor zu dem stehen, was da drunter steht.

Sie sind der Auffassung, dass dieser Haushalt verfassungswidrig ist und erst dann verfassungskonform ist, wenn mindestens – wenn ich das richtig nachgerechnet habe – 900 Millionen € nicht im Ergebnis der Haushaltsrechnung – das muss ich Ihnen als Finanzausschussvorsitzendem hoffentlich nicht vortragen –, sondern schon bei der Haushaltsplanaufstellung, also jetzt, gestrichen sein müssten. Also müssten Sie zunächst einmal einen Nachtragshaushalt vorlegen, mit dem Sie 900 Millionen € plus die 300 Millionen € einsparen,

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

also 1,2 Milliarden € echte Einsparungen ohne Haushaltsvollzug vorlegen können. Das können Sie nicht. Gescheitert.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ganz schade, Herr Palmen.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Das setzt mein Beeindrucktsein fort, was die CDU betrifft: Bis vor Kurzem waren Sie hier immer die Gralshüter. Jeder Euro musste zweimal umgedreht werden. Jetzt verausgaben Sie Gelder, von denen wir noch gar nicht wissen, ob sie überhaupt ankommen. Das ist schon ein starkes Stück, finde ich.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von Manfred Palmen [CDU] und von Bodo Löttgen [CDU])

– Das habe ich Ihnen ja erklärt. Da haben Sie ja nicht zugehört.

Dann kommen wir noch einmal zu Ihrem sogenannten Papier zurück. Der Kollege Junkernheinrich hat Haushaltsausgleich im ersten Jahr gefordert.

(Zuruf: Richtig!)

Das wollen Sie nicht. Aber Sie picken sich den anderen Teil heraus. Der Kollege Junkernheinrich hat in seinem Gutachten den kleinen Unterschied ausgerechnet, dass er davon ausgegangen ist, dass der Bund gut ein- bis anderthalb Milliarden Euro Entlastung im ersten Jahr bringt. Das ist auch nicht so ganz gelungen. Denn es kommt nichts in das Jahr 2011. Vielleicht sollten Sie dann die Grundlagen des Gutachtens auch einmal nehmen. Ihre Berechnung, wie Sie auf die 650 Millionen € gekommen sind, ist für mich auch nicht ganz nachvollziehbar. Das können wir uns im Ausschuss noch einmal genauer angucken.

Aber auf zwei Punkte will ich hinweisen, weil sie das Gesetz betreffen.

Schlicht falsch ist – das möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben –, dass wir nur 34 Kommunen berücksichtigen wollen. Sie verkennen vollständig, dass eine zweite Stufe im Gesetz komplett angelegt ist, dass sie sich auf Antrag bereits ab dem Jahr 2012 beteiligen können.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Worauf ich schon Wert lege und wo wir uns dann wirklich fundamental unterscheiden, ist: Wir wollen das zielgenau machen bei den Kommunen, die besonders belastet sind. Mir ist sehr wohl bewusst, dass 350 Millionen € verdammt zu wenig sind für das, was wir machen müssten.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Aber wenn uns eine Fraktion, die uns bei den Haushaltsberatungen und vor Gericht jagt, dass wir ja noch weniger Geld zur Verfügung stellen sollen, dann sagt, wir müssten aber 350 Millionen €

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

aus dem Nirwana holen, um das finanzieren zu können, dann ist diese Fraktion nicht mehr ernst zu nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Es wundert mich schon auch, mit welcher Arroganz Sie dann hier im Vorfeld agieren. Der Kollege Laumann wird im gleichen Interview gefragt: Werden Teile der Linkspartei oder der FDP dem Etat zustimmen, um Neuwahlen zu vermeiden? – Darauf antwortet Kollege Laumann: Ich weiß nicht, wie Lin-

ke und FDP das sehen. Parteien, die Todesangst haben, neigen zu Irrationalitäten.

(Lachen von Ralf Michalowsky [LINKE])

Wollen Sie der FDP und den Linken absprechen, dass sie aus fachlich fundierten Gründen möglicherweise dem Stärkungspaktgesetz zustimmen könnten oder Teile mitmachen könnten? Das ist im Moment Ihre Art, Politik zu machen. Sie können sich nicht entscheiden zwischen Fundamentalopposition und an den richtigen Punkten mitzumachen.

Eines kann ich Ihnen sagen: Ob wir das Thema „Zinshilfe“ oder „Konsolidierungshilfe“ nennen, ist mir am Ende relativ wurscht, denn es geht darum, dass Geld kommt, um den Haushaltsausgleich sicherzustellen. Da haben wir keine Schwierigkeiten miteinander. Aber wir werden jede Zahl zweimal umdrehen, die Sie hierhin gelegt haben. Wir werden jede Zahl zweimal umdrehen, was die Finanzierung anbetrifft.

Darauf werden wir als grüne Fraktion – Stichwort „Nachhaltigkeit“ – sehr genau achten. Das wird nur funktionieren, wenn wir ein Ziel vor Augen haben, das erreichbar ist. Dazu gehört, dass die Kommunen eine klare Ansage haben, was die Ausgangslage anbetrifft.

Aber – das sage ich genauso gut dazu – wenn es nicht funktioniert, wird man nachjustieren müssen. Aber wir haben erstmals ein Konzept – dafür danke ich der Landesregierung ganz ausdrücklich – auf den Tisch gelegt, dass diese Kommunen entlastet werden und von dieser Politik der verbrannten Erde der letzten fünf Jahre befreit werden. Das ist der Punkt vom heutigen Tage.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mostofizadeh. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Engel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem Punkt sind sich wohl alle Fraktionen in diesem Hause einig. Die finanziell notleidenden Städte und Gemeinden in unserem Land brauchen dringend Hilfe. Wir unterstreichen das. Wir stehen an der Seite der Kommunen. Deshalb haben wir uns in der vergangenen Legislaturperiode auch darauf geeinigt, das Gutachten zum Haushaltsausgleich und Schuldenabbau bei den Finanzexperten Thomas Lenk und Martin Junkernheinrich in Auftrag zu geben.

Dieses Gutachten liegt nun vor. Unter den darin zugrundegelegten Modellannahmen kommen die Experten zu dem Schluss, dass wir in unseren Städten und Gemeinden nur dann nachhaltig helfen können, wenn wir ihnen sowohl einen dauerhaften Haushalt-

sausgleich als auch eine Halbierung ihrer Liquiditätskredite ermöglichen.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Also: dauerhafter Haushaltsausgleich und Halbierung der Kassenkredite – das gehört zusammen.

Aber wir sind ja Kinder dieser Welt. Das wissenschaftliche Gutachten zeigt auch den finanziellen Bedarf auf, der nötig wäre, um diese Zielsetzung zu erreichen. Es zeigt auf, was der Bund, das Land und die kommunale Familie hierfür leisten müssten. An dieser Stelle ecken wir an der Realität an. Die reine Lehre entspricht wie so oft nicht der Lebenswirklichkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn so wünschenswert und gut die Vorstellungen von Lenk und Junkernheinrich auch sein mögen, so unrealistisch ist es gegenwärtig, die hierfür notwendigen Ressourcen aufzubringen. Das gilt für den Bund. Das gilt für das Land. Das gilt insbesondere für die Konsolidierungsbeiträge der kommunalen Familie.

Vor diesem Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren, können wir mit dem nun vorliegenden Gesetzentwurf nicht zufrieden sein. Er ist aber ein Anfang. Er ist ein Schritt in die richtige Richtung, der sich zunächst auf die Kommunen konzentriert, die unmittelbar vor dem finanziellen Zusammenbruch stehen. Die begrenzten Ressourcen werden konsequent auf den Haushaltsausgleich als Grundlage für den nachfolgenden Schuldenabbau gelenkt, als Grundlage für den nachfolgenden Schuldenabbau. Es werden Ziele definiert und explizite Forderungen an die Eigenkonsolidierungsbeiträge der Hilfeempfänger gestellt. Die grundsätzliche Stoßrichtung des Gesetzentwurfs ist richtig.

Für die FDP gilt dabei als Leitlinie: Der Gesetzentwurf muss sicherstellen, dass das Konzept im Ergebnis zielführend, nachhaltig und gerecht ist.

(Beifall von der FDP)

Ich wiederhole: zielführend, nachhaltig und gerecht.

Zielführend wäre das Konzept, wenn genau den Kommunen geholfen wird, die unmittelbar von der Zahlungsunfähigkeit bedroht sind.

(Beifall von der FDP und von der SPD)

Da dürfte sich – das zeigt der Applaus – das Hohe Haus schnell einig sein.

Nachhaltig wäre das Konzept, wenn die unterstützten Kommunen am Ende seiner Laufzeit aus ihrer miserablen Haushaltslage herausgeführt worden sind.

Gerecht bzw. gerechter – an der Stelle muss man das Ganze ein bisschen differenzierter sehen, Stichwort: Soziallasten – wäre das Konzept, wenn

die Kommunen, die ordentlich gewirtschaftet haben, nicht durch einen Deckungsbeitrag oder Soli bestraft werden, um anderen Kommunen zu helfen. Darüber müssen wir im Detail reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, selbstverständlich wäre es uns allen lieber, wir hätten mehr Geld im System. Selbstverständlich müssten eigentlich mehr notleidende Kommunen in das Programm aufgenommen werden. Selbstverständlich wäre es eigentlich geboten, Haushaltsausgleich und Schuldenabbau miteinander zu verbinden; das ist doch völlig klar. Vielleicht hilft uns aber die möglicherweise anstehende Expertenanhörung im Kommunalausschuss, diese Idealvorstellungen irgendwie zu verwirklichen oder ihnen zumindest nahezukommen.

Unabhängig davon existieren im Gesetzentwurf Problempunkte, die nach unserer Auffassung behoben werden müssen. So gibt es beispielsweise in Bezug auf die Haushaltssanierungspläne keine Instanz, die sie verpflichtend auf ihre Machbarkeit hin prüft. Die Beratungsleistung der GPA ist freiwillig. Die Bezirksregierungen verfügen nicht über das notwendige Personal, um die vorgelegten Konzepte im Detail auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. In der Folge steht deshalb zu befürchten, dass reihenweise unrealistische Haushaltssanierungspläne genehmigt werden.

Auch muss bei der Auswahl der Kommunen deren Konzernbilanz betrachtet werden – das klingt schon an – und nicht nur der Kernhaushalt. Zudem sind die Sanktionsmechanismen bei Nichteinhaltung von Sanierungsplänen unzureichend. Denn laut Gesetzentwurf kann das Innenministerium bei Verstößen gegen das Sanierungskonzept einen Beauftragten bestellen, muss es aber nicht.

Aus der Erfahrung – ich komme damit zum Schluss; die älteren Kollegen erinnern sich noch an die 80er-, 90er-Jahre, Stichwort: Ausgleichsstock – kennen wir ein solches Problem. Das war am Ende nicht zielführend und nicht nachhaltig. Deshalb versuchen wir heute, bessere Lösungen zu finden. Es liegt also noch viel Arbeit vor uns, um – jetzt zitiere ich aus der Rede des Ministers – den besten Weg zu finden. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Biesenbach das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Biesenbach (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gemessen an der Lautstärke, der Wortwahl und der Darstellung, Herr Körfges, Herr Jäger und auch Herr Mostofizadeh, haben wir Sie mit unserem Konzept offensichtlich massiv getroffen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ja, ins eigene Tor!)

Wenn es darum ginge, zu helfen, Herr Körfges, dann würden wir uns nicht um das schlagen, was in der Vergangenheit war. Die Ziele und die Aufgaben liegen vor uns.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU] – Hans-Willi Körfges [SPD]: Das würde ich an Ihrer Stelle auch sagen!)

Wenn wir uns darüber streiten wollen, wie das Ganze entstanden ist: Sie haben an einigen Stellen – auch bei Frau Demirel – deutlich gehört, woran es lag. – Ich will jetzt die Vergangenheit wirklich ruhen lassen, wir wollen nämlich nach vorne.

Ich bin ein bisschen betroffen über die Darstellungen, die wir hier gehört haben. Herr Mostofizadeh beschreibt uns als fundamentaloppositionell. – Herr Mostofizadeh, ich glaube, Sie haben das, was wir gestern vorgestellt haben, nicht einmal gelesen.

Wenn der Innenminister der Meinung ist, er habe die besseren Mitarbeiter, dann mag das – das will ich gar nicht charakterisieren – sicher daran liegen, dass er sie braucht. – Denn, Herr Jäger, mit der Sache haben auch Sie sich nicht auseinandergesetzt. Wer den Satz wagt, dass Ihr Angebot nicht zu einer Verschlechterung der Situation führt, der hat, gelinde gesagt – Entschuldigung, wenn ich das sehr respektlos sage –, keine Ahnung und sich mit der Materie überhaupt nicht befasst.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Ich will es nicht noch deutlicher sagen, das haben wir bei anderen Punkten auch erlebt. Denken wir an die Darstellung zur Love-Parade.

(Minister Ralf Jäger: Darum bitte ich, Herr Biesenbach!)

Aber es ist die Frage, in welcher Welt Sie leben. Sie sind ja auch der Meinung, Sie hätten bei Duisburg und der Love-Parade transparent mit uns zusammengearbeitet. Das ist die gleiche Wunschwelt, aber nicht die Wirklichkeit.

Wenn wir uns hier auseinandersetzen, dann nehmen wir doch Ihr Programm. Sie sind der Meinung, damit lösen Sie die großen Konfliktfälle. Sie haben gesagt: Bricht bei einer Kommune die Kreditfähigkeit weg, geraten alle in Schieflage. – Sie wollen 34 Kommunen helfen. Aber die, denen es am schlechtesten geht, haben Sie vergessen oder bewusst nicht hineingenommen. Warum ist Essen nicht dabei? Essen hat nach den Zahlen, die ich kenne, etwa 2 Milliarden € Liquiditätskredite. Essen zahlt jährlich – nach den Summen, die mir vorliegen – etwa 40 Millionen € nur an Zinsen.

(Marc Herter [SPD]: Haben Sie schon mal was von Vermögen gehört?)

Aber Sie haben sie nicht dabei. Bitten Sie die Stadt Essen doch einmal, Haushaltswahrheit zu liefern und die Bewertungen, etwa ihrer Aktienpakete, so vorzunehmen, wie sie dem Zeitwert entsprechen. Dann werden wir feststellen, wo die Stadt Essen liegt.

Was ist mit den weiteren Situationen? Was ist mit Mönchengladbach, mit Mülheim, mit Bochum, mit Gelsenkirchen und mit Recklinghausen? Die vergessen Sie alle. Warum? Weil es ihnen so gut geht? – Nein, weil sie so locker Kassenkredite bekommen.

Herr Körfges, Sie schmunzeln. Der Kollege Löttgen hat die Zahlen doch deutlich gemacht. Nehmen wir nur den Faktor, den IT.NRW vor einer Woche bekanntgegeben hat, und rechnen ihn hoch. Dann wachsen die Kassenkredite bis zum Jahr 2014 bei Ihren 34 Kommunen um etwa 2,7 Milliarden € an.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Biesenbach.

Peter Biesenbach (CDU): Aber bei denen, die Sie nicht betrachten, die eigentlich in einer Haushaltsnotlage sind, wachsen sie um 12,5 Milliarden € an. Ist Ihnen das egal? Keine Situation verschlechtert sich, sie bleiben drin. In welchem Wolkenkuckuckshaus leben Sie?

Bleiben wir bei den Kassenkrediten selbst. Aufwuchsfaktor laut IT.NRW: Bei Ihren 34 Stärkungspaktkommunen wachsen die Kassenkredite bis 2014 um etwa 53,5 Millionen € an. Bei den 130 übrigen Kommunen, die Sie nicht bedenken, sind es 251 Millionen €. Alles in Ordnung? Keine Verschlechterung der Situation? – Das sind doch die Fragen, die Sie sich stellen müssen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Biesenbach, entschuldigen Sie!

Peter Biesenbach (CDU): Überhaupt nicht eingegangen sind Sie auf die Frage, wie sich das auf die Situation auswirkt. Ihre Bürgermeister jubeln doch nicht, sondern die protestieren.

Wir haben einen Bürgermeister aus unserem Wahlkreis gebeten, einmal auszurechnen, was das für ihn bedeutet. Der Bürgermeister von Bergneustadt hat gesagt: Ich habe als Jahresergebnis für das Jahr 2011 9 Millionen € strukturelles Defizit. Wenn ich mitmache bekomme ich – ich nehme einmal das Jahr 2015 – 1,5 Millionen € Landeshilfen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Biesenbach, entschuldigen Sie, ich versuche schon einige Zeit, Sie zu unterbrechen. Der Abgeordnete Körfges möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Peter Biesenbach (CDU): Kann er machen, wenn ich fertig bin.

Also, ich komme noch einmal zu Bergneustadt: 2014, wenn er 1,5 Millionen € Landeshilfe bekommt, bleibt eine strukturelle Lücke von 5,2 Millionen €, die er selber füllen muss. Dieser Bürgermeister sagt: Es hat mir noch nie jemand deutlich machen können, wie ich das schaffen soll. – Machen Sie es ihm doch vor!

Der Bürgermeister von Marienheide, auch in unserem Wahlbezirk, hat gesagt: Der Sparkommissar kann gerne kommen. Zweimal war die Bezirksregierung bereits da. Zweimal hat die Bezirksregierung gesagt: Wenn du, Marienheide, die Vorgaben nicht einhältst, kommt der Sparkommissar.

Die Gemeinde hat den Sparkommissar eingeladen, der wohlweislich aber nicht gekommen ist, weil er nicht nach einem Jahr fahren wollte, ohne es geschafft zu haben.

Was Sie anbieten, das sind alles Hülsen, aber keine wirklichen Hilfen. Sie sollten sich einmal mit dem auseinandersetzen, was wir konsequent machen: Wir setzen an den Punkten an, die auch Herr Engel angesprochen hat. Das sind – erstens – die Zinsen, die wir komplett übernehmen wollen. Damit bekommen die Kommunen wieder Luft.

Wir wollen – zweitens – dazu kommen, dass der Haushaltsausgleich ein Stück weit unterstützt wird oder – wenn es machbar ist – bereits eine Entschuldung.

Die Summen haben wir Ihnen vorgerechnet. Sie kennen sie, tun aber nur so, als gingen sie nicht.

Sie fordern uns auf, die Finanzierung darzustellen. Manfred Palmes hat es gerade gemacht: Wir haben Ihnen im Mai eine Aufstellung vorgelegt, wie wir einen verfassungskonformen Haushalt hinbekommen. Wir wissen – Sie sollten die Kollegen der anderen Ausschüsse mitbefragen – inzwischen auch, dass im Haushalts- und Finanzausschuss die Mittel, die Manfred Palmes genannt hat, natürlich zur Verfügung stehen. Sie müssen sie nur dort einsetzen, wo sie notwendig werden, bei den Kommunen.

Die CDU-Fraktion hat eine Grundsatzentscheidung getroffen, die heißt: Wir werden uns künftig mit zwei Schwerpunktgebieten beschäftigen: Bildung und Kommunalfinanzen! – Wenn Sie diesen Weg mitgehen wollen, sind wir zu Gesprächen gerne bereit.

(Unruhe bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wenn Sie aber weiter der Meinung sind, wir seien Fundamentaloppositionelle oder Brandstifter, dann sparen Sie sich jegliches Gespräch. Denn mit solchen Kollegen brauchen wir keine Gespräche zu führen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Biesenbach. Ihre Redezeit ist überschritten.

(Peter Biesenbach [CDU]: Wenn Herr Körfges seine Frage noch stellen kann? – Sonst gehe ich auf meinen Platz!)

– Sie haben Ihre Redezeit bereits deutlich überschritten.

(Hans-Willi Körfges [SPD] winkt ab.)

– Ich sehe gerade, dass das kollegialer anders geregelt wird. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Hübner das Wort.

Michael Hübner (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen! Herr Biesenbach, es ist schon ganz erstaunlich, dass die CDU-Fraktion die Kommunen jetzt in den Blick nimmt, nachdem sie sie in den letzten fünf Jahren nicht in den Blick genommen hat. Ich beglückwünsche Sie zu dieser Entscheidung und freue mich darauf, dass wir mit dem vorgelegten Vorschlag vielleicht konstruktiv umgehen können.

(Beifall von der SPD)

Eine Frage, die der Kollege Körfges gerade nicht an Sie stellen konnte, lautete: Was ist denn mit Essen? – Essen befindet sich in der zweiten Stufe – wahrscheinlich –, wenn – das wird, bitte, kommunal entschieden – die Kollegen in Essen zu der Überzeugung kommen, ob sie in der zweiten Stufe dazugehören wollen. Wir wissen zum heutigen Zeitpunkt nicht – abschätzbar ist das nicht –, wer in der zweiten Stufe an den insgesamt 310 Millionen € partizipieren kann. Der Vorschlag liegt uns vor.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

– Herr Löttgen, genauso redlich ist es, jetzt darüber zu diskutieren, wann die Bundesbeteiligung, die Junkernheinrich und Lenk übrigens auch immer eingefordert haben, tatsächlich kommt. Das Bundeskabinett hat meines Wissens doch nur vorgeschlagen, dass für das nächste Jahr zunächst 30 % übernommen werden. Die 2014-er Regelung ist lediglich zugesagt, war aber noch nicht einmal im Bundeskabinett.

Wenn die CDU erkannt hat, dass sie in Nordrhein-Westfalen kommunalfreundlich agieren will, sollte sie sich deutlich dafür einsetzen, dass das 2014 auch so passiert.

(Beifall von der SPD)

Ich bin für die vermittelnden Worte, die Herr Engel heute gefunden hat, sehr dankbar und will das nachdrücklich mit einer Zahl unterstützen, Herr Engel: Das Finanzvolumen von 38 Milliarden € – Junkernheinrich und Lenk haben es gesagt –, das nämlich aufzubringen wäre, um das Modell eben einmal

umzusetzen, haben wir nicht zur Verfügung. Das ist so. Wir haben 350 Millionen €.

Jetzt geht es – wie Minister Jäger es vorgeschlagen hat – darum, daraus nach Möglichkeit das Beste herauszuholen. Minister Jäger hat den Vorschlag gemacht, wie mit den 34 Städten, die entsprechend verschuldet sind, ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Jäger macht das Gegenteil von dem, was er 2008 gesagt hat!)

– Vielleicht lassen Sie mich auch einmal ausreden; danke schön, Herr Hovenjürgen!

... umzugehen ist, denen nämlich einen Teil der Verbindlichkeiten, die für den strukturellen Ausgleich notwendig sind, abzunehmen. Das ist doch ein völlig vernünftiges Signal.

Herr Kollege Körfges hat deutlich gemacht: Es geht uns auch darum, dass das objektiv machbar sein muss. Die Städte dürfen sich nicht kaputt sparen.

Wo sind denn die Städte heute? Die befinden sich doch heute alle im Nothaushaltsrecht. Die können doch gar nicht mehr ohne die Bezirksregierung oder die untere Kommunalaufsicht agieren.

Uns und dem Ministerium geht es darum, wieder genehmigungsfähige Haushalte zu erreichen. Es muss doch unser aller Ziel sein, dass die Städte nicht ins Bluten kommen, wenn sie zum Beispiel ein paar neue Bleistifte brauchen. Das ist doch die Situation, in der sich Castrop-Rauxel heute schon befindet.

Wir müssen diese Kommunen mit den Möglichkeiten, die wir haben, dort herausführen und für die 34 Städte das Beste herausholen. Dass das nur ein Baustein ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, müsste doch klar sein, und zwar spätestens nach den langwierigen Diskussionen zur Änderung des § 76 Gemeindeordnung, um zehnjährige Haushaltssicherungskonzepte überhaupt möglich zu machen. Es müsste klar geworden sein bei der Intention, als wir das GFG 2011 diskutiert haben und es jetzt für 2012 auf den Weg bringen, wobei wir schon 2011 angekündigt haben, dass der Soziallastenansatz ein viel wesentlicherer Ansatz werden wird, der absehbar zu einer deutlichen Verbesserung gerade in diesen 34 Städten führen wird.

(Zurufe von der CDU)

In keinen anderen Städten führt das zu Verschlechterungen, denn – das hat Minister Jäger gerade deutlich gemacht – es wird nichts weggenommen. Das GFG wird wiederum eines der besten GFGs sein, das wir finanziell ausgestattet haben. Das kommende GFG wird das beste GFG sein.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Gegenruf von Minister Ralf Jäger: Das kann ich machen!)

Es geht lediglich um den Aufwuchs der Mittel; das alles ist im Detail dargestellt worden.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit, denn meine Redezeit ist zu Ende. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hübner. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Jäger um das Wort gebeten, das er hiermit selbstverständlich bekommt.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Ich will dem Kollegen Körfges ausdrücklich recht geben. Die Frage, ob wir alle gemeinsam helfen müssen, ist beantwortet. Darüber streiten wir in diesem Landtag nicht mehr. Das ist eine andere Qualität als in den letzten fünf Jahren. Ich sage völlig ohne Häme: Das ist in der Tat ein Fortschritt.

Wir streiten uns nur noch über die Frage: Wie helfen wir diesen Kommunen? Ich bitte die CDU anzuerkennen, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen den Kommunen 1 Milliarde € mehr Mittel zur Verfügung gestellt haben und dass wir an die Schmerzgrenze dessen gegangen ist, was zu leisten ist.

(Beifall von der SPD)

Mehr ist von unserer Seite nicht mehr möglich.

(Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU] und von Bodo Löttgen [CDU])

– Herr Hovenjürgen, das Problem ist doch: Wir haben das Problem gemeinsam im Blick,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

dass die eigentlichen Kosten, unter denen die Kommunen ächzen, nämlich die Soziallasten, in Berlin verursacht werden.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wer hat es eingeführt?)

Ich sage weiterhin ohne Häme, dass diese Koalition auch bei den schwierigsten Verhandlungen, die wir zu Hartz IV hatten, in Berlin nicht bereit oder nicht in der Lage ist, das zu leisten, was die Kommunen brauchen, um auskömmlich haushalten zu können.

Wir reden also schlichtweg darüber, dass die Decke eigentlich insgesamt zu kurz ist und dass wir die Aufgabe haben, trotzdem dafür zu sorgen, dass uns nicht eine einzige Kommune aus dem Boot kippt, weil sonst das ganze Boot kentern könnte.

Wenn wir alle das dem Grunde nach anerkennen, geht es nur noch um die Frage, die Herr Engel so formuliert hat: Mit welchem Ziel gehen wir an diese Konsolidierung?

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Was wir als Problem bei den Kommunal финанzen vorgefunden haben, ist nicht mehr deren Zinszahlung.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das haben Sie doch mitverschuldet!)

– Herr Löttgen, das drängendste Problem ist, dass inzwischen eine ganze Reihe von Kommunen, die so überschuldet sind oder bei denen die Überschuldung droht, ihr komplettes Eigenkapital aufgebraucht haben, sodass sie in absehbarer Zeit Schwierigkeiten haben werden, sich mit bezahlbaren Kreditmitteln zu versorgen. Das ist das Problem.

Das heißt, eine Lösung kann nur darin bestehen, dass wir bei denen versuchen müssen, den Haushaltsausgleich herbeizuführen, damit sie nicht noch zusätzliche neue Schulden machen. Das muss das gemeinsame Ziel sein. Das müssen wir nach vorne stellen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Was ist mit den anderen?)

Jetzt sage ich etwas zum Volumen: Wir sind im Grunde genommen gar nicht so weit auseinander. Unser Konzept sieht 660 Millionen € vor, Ihres 700 Millionen €. Der Unterschied ist nur: 310 Millionen € bei uns kommen von finanzstarken Kommunen selbst. Bei Ihnen sind es 700 Millionen € ausschließlich aus Landesmitteln.

Bemerkenswert ist, dass Sie in den letzten fünf Jahren gesagt haben: kein Euro mehr. – Aber jetzt darf es bei allem noch ein bisschen mehr sein.

Als Oppositionsabgeordneter würde ich das anders formulieren – als Minister muss ich ein bisschen diplomatischer sein –: Sie müssen aufpassen, dass Ihre Glaubwürdigkeit nicht komplett verlorengeht,

(Bodo Löttgen [CDU]: Quatsch!)

wenn Sie einerseits diesen Haushalt beklagen, während Sie andererseits eine Verdopplung der Landeshilfen fordern.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Das ist nicht zu leisten, es sei denn, Herr Löttgen, wir folgen Ihrem Vorschlag und schaffen die Studiengebühren wieder ab

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Machen Sie doch!)

und es gibt weiterhin kein drittes beitragsfreies Kindergartenjahr.

Ich sage Ihnen: Damit spielen Sie die Kommunen in Nordrhein-Westfalen gegen Eltern und Studierende in diesem Land aus und suggerieren und simulieren eine Hilfe, die gar keine Hilfe ist.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Das ist nicht der Weg, den wir gehen werden. Deshalb bitte ich herzlich darum: Wir werden eine

spannende Debatte dazu führen, aber verbeißen Sie sich nicht in Ihr Modell, weil es realistischerweise nicht umsetzbar sein wird.

Ich mache das an einem Punkt fest: Sie sprechen von einer Verdoppelung der Mittel für 160 Kommunen insgesamt. Sie brauchen sich nur die 160 am höchsten verschuldeten Städte in Nordrhein-Westfalen anzuschauen, um zu sehen: Das Geld wird nicht reichen, um den Haushaltsausgleich herbeizuführen.

(Bodo Löttgen [CDU]: 160 bestimmt nicht!)

Sie müssen ein Vielfaches haben. Deshalb bitte ich sehr darum, im Blick zu haben, dass unser Konzept das Ziel hat, denjenigen, denen es am dreckigsten geht und die jetzt schon unter der Wasseroberfläche sind, Hilfe zukommen zu lassen, sodass sie überleben können. Das muss unser Ziel sein.

Folgendes kommt mir in der gesamten Diskussion zu kurz: Einige sind unterwegs und reden von Strangulierung. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Landesregierung und der Landtag etwas beschließen werden, was eine Kommune stranguliert. Das wird es nicht geben.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

So individuell die Probleme bei der Konsolidierung sind, so individuell muss die Lösung auf jede einzelne Kommune gemünzt sein. Eines muss uns allen wichtig sein: Wir müssen diese Kommunen aus dem Diktat des Nothaushaltsrechts befreien.

Denn es ist ein Beitrag zu kommunaler Demokratie, dass die, die in den Räten sitzen und die eigentlich dafür gewählt sind, die Geschicke der Städte wieder selbst lenken dürfen. Das allein stellt schon einen Wert an sich dar, bei dem wir uns einigen sollten.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:
Keine Zwischenfragen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Ja!)

Kein Aufbau eines Popanzes, keine Modelle wie eine Monstranz vor sich hertragen, nur um etwas anderes vorlegen zu können, um aus parteipolitischen Gründen anschließend nicht zustimmen zu müssen?

(Manfred Palmén [CDU]: Sie machen doch genau das Gleiche!)

Ich fordere Sie wirklich auf: Wir haben in bilateralen Gesprächen, bevor wir diesen Gesetzentwurf vorgelegt haben, Einigkeit darüber gehabt, wie drängend das Problem ist. Junkernheinrich und Lenk haben in vielem recht, auch in diesem Punkt: Es ist „nicht mehr 5 vor 12, sondern eher 10 nach 2.“

Das muss uns einen. Wir müssen dieses Problem angehen. Aber Ihr Konzept taugt dazu nicht. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung hat ihre Redezeit um 7:07 Minuten überzogen. – Nun liegt mir für die Fraktion der FDP eine weitere Wortmeldung vom Kollegen Abruszat vor.

Kai Abruszat (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Engel hat für die FDP-Fraktion zu Recht ausgeführt: Dieser Gesetzentwurf geht in die richtige Richtung, die Grundsatzausrichtung wird begrüßt. Aber der Teufel steckt bekanntlich – auch hier – im Detail. Deswegen erlaube ich mir, noch folgende zusätzliche Anmerkungen zu machen, die wir, Herr Minister Jäger, dann auch im Verfahren diskutieren müssen.

Erstens. Was heißt „Pflicht zur Haushaltskonsolidierung“ für die Kommunen? Das bedeutet, dass wir alles berücksichtigen müssen, was die Kommunalfinanzen vor Ort ausmacht. Wenn aber keine Konzernbilanzen vorgelegt werden können, dann müssen auch die Konsolidierungspotenziale der kommunalen Beteiligungen mit auf das Tapet, meine Damen und Herren. Die müssen genutzt werden. Das gehört zu einer Gesamtbilanz dazu.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Zweitens. Für uns ist ein Beauftragter, wie er im Gesetzentwurf steht, ein Beauftragter für die Kommunen bei Pflichtverstößen.

(**Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth**)

Kein Kann, sondern ein Muss! Das muss obligatorisch sein. Wer zusätzliches Geld bekommt, der muss auch obligat mit einem Beauftragten der Kommunalaufsicht zusammenarbeiten. Ein Muss und nicht ein Kann!

Das erinnert mich an das Zitat von Truman Capote, der mal zu Recht gesagt hat: Disziplin ist der wichtigste Teil des Erfolges. – Das gilt auch für die Kommunalfinanzen. Deswegen brauchen wir an dieser Stelle diesen zentralen Schlüssel des Beauftragten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, schließlich müssen wir als Gesetzgeber schon sehr Obacht geben, dass die Verfassungsgemäßheit eines Gesetzes auch stets im Blick bleibt. Höhlt die pflichtige Teilnahme der Kommunen am Stärkungspakt die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbst-

verwaltung aus? Und weiter: Ist die vorgesehene Solidaritätsumlage für abundante Kommunen – die wir, wie Sie verstehen, sehr kritisch sehen – mit dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht überhaupt vereinbar und verfassungsrechtlich haltbar?

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Kollege.

Kai Abruszat (FDP): Meine Damen und Herren, das alles sind Fragen, die wir sehr sorgfältig und sehr intensiv diskutieren werden. Ich freue mich auf die Anhörung. Sparen ist eine Tugend. Und damit muss Disziplin einhergehen. Ich freue mich auf die weiteren Debatten. – Ganz herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Abruszat, wir haben zweimal versucht, Sie zu unterbrechen. Wir wollten nicht unhöflich sein. Die Frage ist, ob Sie eine Zwischenfrage, jetzt: eine Endfrage des Kollegen Sagel zulassen.

Kai Abruszat (FDP): Leider ist meine Redezeit zu Ende. Dabei lasse ich Fragen von Herrn Sagel immer gerne zu. Also: Wenn ich das noch darf, mache ich das.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Ja, sicher dürfen Sie das.

Kai Abruszat (FDP): Gut.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Der ist vergnügungssüchtig, der Herr Abruszat!)

Rüdiger Sagel (LINKE): Es ist sehr nett, Herr Kollege Abruszat, dass Sie meine Frage zulassen. – Sie haben gerade einen meiner Lieblingsautoren, Truman Capote, zitiert, was Pflicht und Aufgabe ist. Sie haben am Anfang Ihrer Rede sehr deutlich gemacht, dass der Gesetzentwurf in die richtige Richtung geht. Mich würde interessieren, ob das so zu verstehen ist, dass Sie diesen Gesetzentwurf in diesem Parlament nicht scheitern lassen und sich für die Auszahlung von 350 Millionen € an die Kommunen aussprechen werden.

Kai Abruszat (FDP): Ich bedanke mich zunächst für diese Frage, Herr Kollege Sagel, weil sie mir Gelegenheit gibt, noch einmal darzulegen – über meine bisherige Redezeit hinaus –, warum wir mit diesem Gesetzentwurf sehr konstruktiv umgehen: weil wir nämlich deutlich machen wollen, wie wichtig uns dieses Thema der Kommunalfinanzen ist, und weil wir auch deutlich machen wollen, dass wir die Frage der Hilfen – Sie haben die 350 Millionen € angesprochen, die wir grundsätzlich auch nie negiert haben – für wichtig erachten.

Ob und inwieweit wir konkret diesem Gesetzentwurf zustimmen, das ist eine Frage des Gebotes der Sorgfalt in der politischen Arbeit. Das wird nicht aus der Hüfte geschossen. Dafür gibt es Anhörungen, dafür gibt es weitere Lesungen. Das werden wir – sicherlich auch in zähem Ringen – miteinander, mit der Regierungskoalition und mit allen anderen hier im Hause, diskutieren.

Insofern, meine Damen und Herren, freue ich mich auf die weiteren Beratungen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Abruszat, ich will hier jetzt keine Verwirrung stiften, aber doch darauf hinweisen, dass Sie wegen der Überziehung der Redezeit der Landesregierung noch Redezeit haben. Nur um das klarzustellen! Wenn alles gesagt ist, ist das auch gut.

Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Demirel.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will jetzt keine zweite lange Rede halten, aber einiges auf unseren Kommunal- und Innenminister Herrn Jäger erwidern, der in der Presse schon mehrmals geäußert hat: HSK haben wir schon. Wir schaffen ja nichts Neues. Es sind die alten Regeln, in denen wir uns bewegen. – Ich möchte klarstellen, dass es schon etwas anderes ist, wenn eine Kommune in fünf gleichmäßigen Schritten Jahr für Jahr den Ausgleich schaffen muss. Wir wissen alle, wie es um die HSK-Kommunen steht. Wir wissen auch um die Lücken im HSK. So schön, wie Sie ihre Konsolidierungshilfen gerade hier geredet haben, ist es nicht, Herr Minister. Es ist nicht der Erhalt des Status Quo, sondern es ist eine Verschlechterung der Situation für die Kommunen.

Da sich die Minderheitsregierung hier die ganze Zeit mit der Erhöhung der Mittel an die Kommunen rühmt, beispielsweise mit dem Wegfall der Befrachtung, der Wiederbeteiligung an den Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer oder der positiven Änderung von § 76 GO, möchte ich Sie daran erinnern, dass Sie noch immer eine Minderheitsregierung sind und diese Veränderungen nicht alleine durchgesetzt haben. Bei diesen Veränderungen war die Fraktion Die Linke immer mit dabei. Das ist unsere Linie: Für alles, was in die positive Richtung, in die richtige Richtung für die Bürgerinnen und Bürger und für die Kommunen geht, sind wir zu haben, und da sind wir zu Gesprächen bereit.

Aber dafür, dass Sie ein neoliberales Programm à la IWF auflegen und die Kommunen mit dem Gesetzentwurf, den Sie vorgelegt haben, wirklich foltern,

(Armin Laschet [CDU]: Sie sind für alles zu haben!)

haben Sie andere Bündnispartner in diesem Hause. Dafür bietet sich in letzter Zeit die FDP-Fraktion an, aber auch die CDU-Fraktion. In dem Punkt haben Sie Schnittmengen. Mit denen können Sie das gemeinsam machen, nicht mit der Linken.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Entschuldigen Sie, Frau Demirel. Würden Sie eine – das trifft offensichtlich auch für diesen Fall zu – Endfrage des Kollegen Herter beantworten?

Özlem Alev Demirel (LINKE): Ja.

Marc Herter (SPD): Liebe Frau Kollegin Demirel, herzlichen Dank. Sie haben dankenswerterweise daran erinnert, dass Sie als Linke-Fraktion nicht nur bei den Änderungen des GFG entsprechende Voten abgegeben haben, sondern auch bei der Änderung des § 76 GO. § 76 Gemeindeordnung legt als Regelzeit – als Regelkonsolidierungszeit, wenn man so will – zehn Jahre fest. Das Konsolidierungshilfegesetz, das hier gerade diskutiert wird, legt als Regelzeitraum für die Konsolidierung zehn Jahre fest.

Würden Sie mir den Unterschied erklären, warum Sie der einen Zehnjahresfrist zustimmen und der anderen Zehnjahresfrist nicht zustimmen?

Özlem Alev Demirel (LINKE): Lieber Marc Herter, du weißt genauso wie ich, dass in dem Gesetz auch die Fünfjahresfrist mit den Einzelschritten enthalten ist.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Natürlich, Herr Innenminister, wir können gleich oder später noch einmal darüber reden. Es ist nicht so schön, wie Sie es darlegen. Machen wir gern, und dann können wir feststellen, was der Wahrheit entspricht.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Demirel. – Für die Fraktion der CDU spricht jetzt Herr Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Innenminister, was Sie mit dem die Städte schwächenden Stärkungspakt unternehmen, ist letztendlich der Versuch, ein kaputtes Fass mit Wasser zu füllen. Und irgendwann stellen Sie verwundert fest, dass es nicht voll wird. Das ist das, was da passiert.

(Zuruf von Serdar Yüksel [SPD])

Im Übrigen kommt noch hinzu: Sie verlangen von den Kommunen Beiträge, wobei diese erklären, dass sie sie nicht bringen können. Wenn man die Dimensionen dessen sieht, was Kollege Löttgen Ihnen vorhin vorgerechnet hat, dann müssten auch

Sie erkennen, dass das so ist. Es sind SPD-Bürgermeister, die erklären, sie werden das, was Sie von ihnen einfordern werden, allenfalls mit betriebsbedingten Kündigungen erreichen können. Und das bei einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung! Das ist beeindruckend.

Ich erinnere mich noch gern an die Diskussion, die wir 2008 hier im Hause hatten, in der wir über den Finanzkollaps der Kommunen im Ruhrgebiet geredet haben. Ich habe dies in meiner Rede sehr deutlich beschrieben, worauf Sie in einem Zwischenruf sagten: Genauso ist es. Warum, wenn Sie um die Sachverhalte wissen, regeln Sie es jetzt so, wie Sie es machen?

(Beifall von der CDU)

Sie überfordern die Kommunen, Sie bringen die Kommunen in eine Notlage, und Sie helfen damit der gesamten kommunalen Familie nicht, sondern Sie verschlimmern die Gesamtsituation. Am Ende werden Sie mit leeren Händen dastehen und unendlich Geld „verbrannt“ haben, ohne Hilfe geleistet zu haben. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der SPD: Dass Sie es besser machen!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Hovenjürgen. – Wir sind damit am Ende der Redeliste und kommen zur Abstimmung.

Erstens: Abstimmung über den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 15/2859**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gesetzentwurfs an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung folgen? – Alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nein. Dann ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Zweitens: Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2848**. Auch hier empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung** des Antrags an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung folgen? – Fraktion Die Grünen nicht? – Doch, offensichtlich. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Drittens: Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2849**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Antrags an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Über-

weisungsempfehlung folgen? – Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

4 Realisierung des Eisernen Rheins ist für Nordrhein-Westfalen unverzichtbar: Nur eindeutiges Votum aller Fraktionen kann positive Entscheidung für das Land Nordrhein-Westfalen und seine Wirtschaft erbringen

Eilantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2895 – Neudruck

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2909 – Neudruck

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben zu diesem Thema mit Schreiben vom 26. September fristgerecht einen Eilantrag eingebracht. Die Fraktion der FDP ist diesem Antrag im Neudruck beigetreten.

Die Beratung für die antragstellende Fraktion eröffnet Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Logistikantrag der FDP von Anfang des Jahres und der Entschließungsantrag von Rot-Grün, ebenfalls von Anfang des Jahres, führten am 7. Juni 2011 zu einer Anhörung in diesem Landtag. Dort wurde intensiv über die für NRW so wichtigen Großprojekte im Bereich der Wasserstraßen und der Schienenprojekte diskutiert.

Fachleute, Wirtschaftsvertreter, Verbände, Ingenieure – alle hatten eine einstimmige Bitte: Ausbau, Stärkung und Instandhaltung der Infrastruktur und die Wahrheit über mögliche Finanzierungskorridore. Also, ein klares Prioritätensetzen ist ihnen besonders wichtig, um erfolgreich zu sein. Konsens unter allen hier anwesenden Fachleuten war: Viele Projekte sind finanziert durch den Bund bzw. müssten eigentlich durch den Bund finanziert sein, aber die nötigen Bundesmittel fehlen.

Die dringende Bitte richtete sich deshalb an die Parteien in diesem Hause, einen parteiübergreifenden Konsens für NRW zu erarbeiten, ein Bündnis für Nordrhein-Westfalen. Die Erfahrung der vergangenen Jahre, ja Jahrzehnte war, dass auf Bundesebene unabhängig von Partei- und Regierungskoalitionen von FDP, CDU, SPD oder Grüne das nord- und süddeutsche Bündnis die deutschen Interessen definiert hat und die 18 Millionen Einwohner in Nordrhein-Westfalen damit oft hinten heruntergefallen sind. Dort wurde formuliert, dass wir gemeinsam Bewegung erreichen müssen, dass wir ein Bündnis

brauchen für die Menschen in Nordrhein-Westfalen, für die Interessen dieses Bundeslandes in Deutschland. Im Rahmen dieser Anhörung gab es einen Schwerpunkt, den Eisernen Rhein. Dieser Schwerpunkt wurde deshalb in der letzten Ausschusssitzung noch einmal aufgegriffen und ausführlich behandelt.

Dieser Eilantrag ist deshalb notwendig, weil uns die Fachleute darauf hingewiesen haben, dass wir im Moment eine Situation haben, in der die Bundesrepublik Deutschland unterwegs ist, die historische Trasse des Eisernen Rheins zu betreiben, und sich schon in der nächsten Woche mit den Niederlanden und Belgien treffen will, um dort über diese Trasse zu beraten und darüber zu entscheiden. Heute erfahren wir durch einen Brief des belgischen Konsuls, dass tatsächlich bereits am 6. Oktober Entscheidungen zugunsten der historischen Trasse erwartet werden. Die Bundesregierung verlässt damit auch den Beschluss dieses Hauses von Dezember 2007.

Die Wahrheit ist einfach: An der Betuwe-Linie kommt man auch aus Bundessicht nicht vorbei, wenngleich sie bis heute nicht ausfinanziert ist. Aber ein zweites Projekt in NRW zu finanzieren, das geht dem Bund dann zu weit. Deshalb überlegen sie, wie sie dieses Projekt verhindern können. Ganz einfach: Sie wählen eine Trasse, von der sie wissen, dass sie niemals Realität werden kann.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP)

Alle Fachleute wissen, dass die historische Trasse nicht kommen kann. Sie ist aus ökologischen und aus ökonomischen Gründen nicht verantwortbar. Sie geht beispielsweise mitten durch ein Naturschutzgebiet, und sie wird mit Sicherheit auch auf deutscher Seite nur sehr schwer umzusetzen sein.

Die A-52-Variante, in welcher konkreten Linienführung dann auch immer – das ist noch zu klären –, ist sowohl ökologisch als auch vernünftig. Sie muss geprüft und bearbeitet werden, damit man tatsächlich vernünftige Entscheidungen treffen kann. Deshalb müssen wir als Landtag von Nordrhein-Westfalen heute deutlich machen:

Erstens. Der Bund kann nicht Außenpolitik mit den Niederlanden und Belgien betreiben, ohne NRW zu beteiligen, nein, sogar an NRW vorbei diese wichtigen verkehrspolitischen Fragen regeln.

Zweitens. Der Bund muss endlich europäisch agieren. Es kann nicht sein, dass nur die deutsche Seite der Streckenführung betrachtet wird, sondern wir müssen bei den Verkehrswegen europäisch denken und den Gesamtverlauf von Strecken in den Blick nehmen.

Drittens. Wir müssen deutlich machen, dass die Trassenführung der A52/N280 die realistischere